

Beschlussvorschläge

Projektnummer	Projekt	Bebauungsplan	v. Bebauungsplan	Flächennutzungsplan	Verfahren		Verfahrensstand		Fristen		
					Regelverfahren	Vereinfachtes Verfahren	§ 3/4 Abs. 1	§ 3/4 Abs. 2	Anschreiben Träger	Beginn	Ende
837	vBBP „Solarpark bei Gaishaus“		x		x			x	05.03.2020	07.02.2020	09.03.2020

Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Solarpark bei Gaishaus“, Gemeinde Wolfegg

Prüfung der fristgemäß vorgebrachten Stellungnahmen im Rahmen der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 und der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB

Nachfolgende Träger öffentlicher Belange wurden im Zuge der Behördenbeteiligung zur Stellungnahme aufgefordert:

1	Regierungspräsidium Freiburg Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau	14	Netze BW GmbH Regionalzentrum Oberschwaben
2	Regierungspräsidium Tübingen- Referat 21, Raumordnung	15	Telefonica O2 (Germany) GmbH & Co. OHG
3	Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart	16	Thüga Energienetze GmbH Betriebsstelle Wangen
4	Regionalverband Bodensee-Oberschwaben	17	Zweckverband Breitbandversorgung im Landkreis Ravensburg
5	Landratsamt Ravensburg	18	Obere Schussentalgruppe Bad Waldsee, Wasserversorgung
6	Arbeitsgemeinschaft der Naturfreunde in Baden-Württemberg	19	Gemeinde Vogt
7	Landesbauernverband Baden-Württemberg e.V.	20	Gemeinde Bergatreute
8	BUND Naturschutz Deutschland - Regionalgeschäftsstelle Bodensee-Oberschwaben	21	Gemeinde Kißlegg
9	Deutsche Bahn AG - DB Immobilien - Region Südwest	22	Gemeinde Schlier
10	Industrie- und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben	23	Stadt Bad Wurzach
11	Handwerkskammer Ulm	24	Stadt Bad Waldsee
12	Deutsche Telekom Technik GmbH PTI 32/Bauleitplanung	25	Eisenbahn-Bundesamt
13	Unitymedia BW GmbH Zentrale Planung	26	Regierungspräsidium Freiburg Höhere Forstbehörde

Nachgenannte Träger öffentlicher Belange haben während und nach der Auslegungsfrist keine Stellungnahme abgegeben:

3	Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart	17	Zweckverband Breitbandversorgung im Landkreis Ravensburg
---	--------------------------------------------------------------	----	----------------------------------------------------------

7	Landesbauernverband Baden-Württemberg e.V.	18	Obere Schussentalgruppe Bad Waldsee, Wasserversorgung
8	BUND Naturschutz Deutschland - Regionalgeschäftsstelle Bodensee-Oberschwaben	20	Gemeinde Bergatreute
10	Industrie- und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben	22	Gemeinde Schlier
14	Netze BW GmbH Regionalzentrum Oberschwaben	23	Stadt Bad Wurzach
15	Telefonica O2 (Germany) GmbH & Co. OHG	24	Stadt Bad Waldsee

Nachgenannte Träger öffentlicher Belange haben während und nach der Auslegungsfrist Stellungnahmen ohne Einwendungen oder abzuarbeitende Hinweise abgegeben:

5.6	Landratsamt Ravensburg - SG 4 Oberflächengewässer	04.03.2020
5.7	Landratsamt Ravensburg - SG 5 Gewerbeaufsicht	04.03.2020
5.8	Landratsamt Ravensburg - Landwirtschaft	04.03.2020
5.9	Landratsamt Ravensburg - Brandschutz	
5.10	Landratsamt Ravensburg - SG 7 Altlasten, Bodenschutz	04.03.2020
5.11	Landratsamt Ravensburg - SG 8 SB Grundwasser/Wasserversorgung	04.03.2020
6	Arbeitsgemeinschaft der Naturfreunde in Baden-Württemberg	06.02.2020
11	Handwerkskammer Ulm	05.03.2020
13	Unitymedia BW GmbH Zentrale Planung	03.03.2020
16	Thüga Energienetze GmbH Betriebsstelle Wangen	06.03.2019
19	Gemeinde Vogt	13.02.2020
21	Gemeinde Kißlegg	14.02.2020

Nachgenannte Träger öffentlicher Belange haben während und nach der Auslegungsfrist Stellungnahmen mit Einwendungen oder Hinweisen abgegeben:

1	Regierungspräsidium Freiburg Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau	26.02.2020
2	Regierungspräsidium Tübingen- Referat 21, Raumordnung	09.03.2020
4	Regionalverband Bodensee-Oberschwaben	25.02.2020
5.1	Landratsamt Ravensburg - SG 1 Bauleitplanung und Koordination	04.03.2020
5.2	Landratsamt Ravensburg - SG 3 Naturschutz	04.03.2020
5.3	Landratsamt Ravensburg Forstamt	04.03.2020
5.4	Landratsamt Ravensburg Verkehrsamt Straßenverkehrsbehörde	04.03.2020
5.5	Landratsamt Gewerbeabwasser	
9	Deutsche Bahn AG - DB Immobilien - Region Südwest	02.03.2020
12	Deutsche Telekom Technik GmbH PTI 32/Bauleitplanung	19.02.2020
25	Eisenbahn-Bundesamt	13.02.2020
26	Regierungspräsidium Freiburg Höhere Forstbehörde	25.02.2020

Im Zuge der Offenlegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB wurden folgenden Stellungnahmen abgegeben

2 abgegebene Stellungnahmen von Anliegern

Behandlung der im Zuge der Behördenbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen:

Datum Name	Einwand/Hinweis	Beschlussvorschlag zum Einwand/Hinweis
<p>1</p> <p>Regierungspräsidium Freiburg Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau</p> <p>26.02.2020</p>	<p>Im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit für geowissenschaftliche und bergbehördliche Belange äußert sich das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau auf der Grundlage der ihm vorliegenden Unterlagen und seiner regionalen Kenntnisse zum Planungsvorhaben.</p> <p>1 Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können Keine</p> <p>2 Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes Keine</p> <p>3 Hinweise, Anregungen oder Bedenken <u>Geotechnik</u> Das LGRB weist darauf hin, dass im Anhörungsverfahren als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt. Sofern für das Plangebiet ein ingenieurgeologisches Übersichtsgutachten, Baugrundgutachten oder geotechnischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verantwortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros. Eine wasserwirtschaftliche Zulässigkeit der geplanten Nutzung vorausgesetzt, empfiehlt das LGRB andernfalls die Übernahme der folgenden geotechnischen Hinweise in den Bebauungsplan: Das Plangebiet befindet sich auf Grundlage der am LGRB vorhandenen Geodaten im Verbreitungsbereich von quartären Lockergesteinen (Kißlegg-Subformation, Ilmensee-Formation) unbekannter Mächtigkeit. Mit einem oberflächennahen saisonalen Schwinden (bei Austrocknung) und Quellen (bei Wiederbefeuchtung) des tonigen/tonig-schluffigen Verwitterungsbodens ist zu rechnen. Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und</p>	<p>Anmerkung:</p> <p>zu 1.: wird zur Kenntnis genommen</p> <p>zu 2.: wird zur Kenntnis genommen</p> <p>zu 3.: <u>Geotechnik</u> wird zur Kenntnis genommen</p> <p>wird zur Kenntnis genommen</p> <p>Die genannten Geotechnischen Hinweise werden wie empfohlen in die Hinweise zum Bebauungsplan unter Punkt D 7. aufgenommen.</p>

	<p>Tragfähigkeit des Gründungshorizonts, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen</p> <p><u>Boden</u> Zur Planung sind aus bodenkundlicher Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzutragen.</p> <p><u>Mineralische Rohstoffe</u> Zum Planungsvorhaben sind aus rohstoffgeologischer Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.</p> <p><u>Grundwasser</u> Zum Planungsvorhaben sind aus hydrogeologischer Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.</p> <p><u>Bergbau</u> Bergbehördliche Belange sind nicht berührt.</p> <p><u>Geotopschutz</u> Im Bereich der Planfläche sind Belange des geowissenschaftlichen Naturschutzes nicht tangiert.</p> <p><u>Allgemeine Hinweise</u> Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse können dem bestehenden Geologischen Kartenwerk, eine Übersicht über die am LGRB vorhandenen Bohrdaten der Homepage des LGRB (http://www.lgrb-bw.de) entnommen werden. Des Weiteren verweisen wir auf unser Geotop-Kataster, welches im Internet unter der Adresse http://lgrb-bw.de/geotourismus/geotope (Anwendung LGRB-Mapserver Geotop-Kataster) abgerufen werden kann.</p>	<p><u>Boden</u> wird zur Kenntnis genommen</p> <p><u>Mineralische Rohstoffe</u> wird zur Kenntnis genommen</p> <p><u>Grundwasser</u> wird zur Kenntnis genommen</p> <p><u>Bergbau</u> wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><u>Geotopschutz</u> wird zur Kenntnis genommen</p> <p><u>Allgemeine Hinweise:</u> Die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen, die genannten Grundlagen wurden bereits berücksichtigt. Änderungsbedarf an der Bauleitplanung besteht nicht.</p> <p>Beschlussvorschlag zum Bebauungsplan: Es erfolgt keine Änderung an den Festsetzungen zum Entwurfsstand des Bebauungsplanes. Der oben genannte Hinweis wird unter Punkt D 7 ergänzt.</p>
<p>2</p> <p>Regierungspräsidium Tübingen- Referat 21, Raumordnung</p> <p>09.03.2020</p>	<p>„(...) I. Belange der Raumordnung</p> <p>Nach den vorgelegten Unterlagen beabsichtigt die Gemeinde Wolfegg die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Solarpark bei Gaishaus“ um die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Freiflächen- Photovoltaikanlage auf dem Flurstück Nr. 79 der Gemarkung Wolfegg zu schaffen. Auf einer Gesamtfläche von ca. 2,77 ha (wovon 1,74 ha auf die eigentliche Modulfläche und ca. 1,03 ha auf die Eingrünung sowie die Zufahrt entfallen) soll ein Sondergebiet zur Nutzung regenerativer Energien (Photovoltaik) ausgewiesen werden.</p>	<p>Anmerkung: zu I. Belange der Raumordnung:</p>

	<p>Im rechtswirksamen Flächennutzungsplan (FNP) der Verwaltungsgemeinschaft Vogt/Wolfegg ist die Vorhabenfläche als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt. Der FNP soll im Parallelverfahren entsprechend geändert und das Plangebiet künftig als „Sondergebiet Photovoltaik“ und als Grünfläche (Ausgleichsfläche/Eingrünung) dargestellt werden.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass das Vorhabengebiet von einem im rechtsverbindlichen Regionalplan Bodensee-Oberschwaben festgelegten „Schutzbedürftigen Bereich für die Wasserwirtschaft“ (Plansatz 3.3.5 – Ziel der Raumordnung) überlagert wird. Im aktuell in der Anhörung befindlichen Entwurf des Regionalplans Bodensee- Oberschwaben liegt die Vorhabenfläche innerhalb eines Vorbehaltsgebiets zur Sicherung von Wasservorkommen.</p> <p>Eine Auseinandersetzung mit diesem Belang im weiteren Verfahren ist erforderlich.</p> <p>II. Belange der erneuerbaren Energien und des Klimaschutzes Das Kompetenzzentrum Energie nimmt zu dem vorbezeichneten Verfahren wie folgt Stellung: Gemäß § 4 Abs.1 KSG BW sollen in Baden-Württemberg die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um 25 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 reduziert werden. Bis zum Jahr 2050 wird eine Minderung um</p>	<p>Das Änderungsverfahren des Flächennutzungsplanes für den betroffenen Bereich ist bereits abgeschlossen und die Änderung rechtskräftig.</p> <p>Der Hinweis auf die Lage im „Schutzbedürftigen Bereich für Wasserwirtschaft“ laut aktuellem Regionalplan wird zur Kenntnis genommen. Dieser Bereich umfasst den gesamten Bereich innerhalb des Gemeindegebietes nördlich von Alttann. Die Lage im „Vorbehaltsgebiet zur Sicherung von Wasservorkommen“ laut dem Entwurf zur Fortschreibung wird ebenfalls zur Kenntnis genommen. Das Vorbehaltsgebiet umfasst den gesamten Bereich innerhalb des Gemeindegebietes nördlich von Gaishaus.</p> <p>Ein Hinweis auf die Vorgaben des Regionalplanes wird in der Begründung unter Punkt 2.1 Regionalplanung ergänzt.</p> <p>Änderungsbedarf am Inhalt der Bauleitplanung besteht nicht, da die Nutzung als Photovoltaikanlage nicht im Konflikt mit den Zielen der genannten Ausweisungen im Regionalplan stehen, wie das Regierungspräsidium in seiner Stellungnahme zum parallelen FNP-Änderungsverfahren auch bestätigte (Stellungnahme vom 09.01.2020, Punkt V):</p> <p><i>„(...) Die Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage steht nicht im Konflikt mit den Zielsetzungen des schutzbedürftigen Bereichs bzw. des Vorbehaltsgebiets. Aus Sicht des Grundwasserschutzes bestehen daher keine Einwendungen(...)“</i></p> <p>zu II: Belange der erneuerbaren Energien und des Klimaschutzes:</p>
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>90 Prozent angestrebt. Fachlicher Hintergrund der gesetzlichen Klimaschutzziele ist ein Energieszenario Baden-Württemberg 2050, das dem in § 4 Abs. 1 KSG BW geregelten Treibhausgasminderungspfad zugrunde liegt (vgl. LT-DS 15/3465 S. 22 f.). Bei der Stromerzeugung durch erneuerbare Energien bedarf es nach diesem Energieszenario bis 2020 einer Erhöhung von derzeit (2017) 27,5 Prozent auf 38 Prozent an der Bruttostromerzeugung. Bezogen auf die Potenziale in Baden-Württemberg kommt dabei dem Ausbau der Stromerzeugung durch Photovoltaikanlagen neben dem Ausbau der Windkraft eine Schlüsselrolle zu. Der Anteil an der Bruttostromerzeugung soll bis zum Jahr 2020 auf 12 % wachsen. Die installierte Erzeugungsleistung aus Photovoltaik wird im Energieszenario Baden-Württemberg für das Jahr 2020 in einer Größenordnung von rund 8800 MW projektiert. Im Jahr 2017 betrug die installierte Erzeugungsleistung aus Photovoltaik in Baden-Württemberg 5.544 MW.</p> <p>Legt man das Energieszenario Baden-Württemberg 2050 bei der Frage des Ausbaubedarfs für die Stromerzeugung durch Photovoltaik zugrunde, so ist in den nächsten 2 Jahren insgesamt noch ein Zubau von 3.256 MW erforderlich. Der Großteil soll dabei durch Photovoltaikanlagen an Gebäuden erzeugt werden. Freiflächenanlagen spielen jedoch eine wichtige ergänzende Rolle.</p> <p>Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sieht als Standorte für Solarparks u. a. Seitenrandstreifen entlang von Autobahnen und Schienenwegen vor.</p> <p>Das Vorhaben trägt zum notwendigen Ausbaupfad bei und wird deshalb unter dem Gesichtspunkt der Belange des Klimaschutzes und der erneuerbaren Energien grundsätzlich befürwortet.</p> <p>Es wird gebeten, das Kompetenzzentrum Energie über das Ergebnis des Verfahrens zeitnah zu informieren.</p> <p>III. Belange der Landwirtschaft</p> <p>Der vorgesehene PV-Solarpark ist auf bislang landwirtschaftlichen Flächen geplant, so dass landwirtschaftliche Belange durch das Vorhaben grundsätzlich beeinträchtigt, und bei der Planung entsprechend zu berücksichtigen sind.</p> <p>Das Plangebiet umfasst knapp 3 ha landwirtschaftliche Fläche, welche im Rahmen der Flurbilanz als Vorrangflur Stufe II eingestuft wurde und aktuell überwiegend als Ackerland genutzt wird. Aufgrund der Einstufung in der Flurbilanz, sowie dem Umstand, dass in der Gemeinde Ackerflächen eher unterrepräsentiert sind, ist zunächst von einer besonders landbauwürdigen Fläche auszugehen, so dass diese aufgrund ihrer Bedeutung für den ökonomischen Landbau vorzubehalten, und Umwidmungen ausgeschlossen bleiben sollten.</p> <p>Die Wirkung von Umwidmungen landwirtschaftlicher Flächen ist in jenen Regionen</p>	<p>Die Gemeinde Wolfegg beabsichtigt durch die Ausweisung des Sondergebietes für Photovoltaik einen Beitrag zur Erreichung der Ausbauziele zu leisten.</p> <p>Die Ausweisung von Sondergebieten für Photovoltaik-Freiflächenanlagen stellt eine wichtige Möglichkeit für die Kommunen dar, die Energiewende zu beschleunigen und den Ausbau der erneuerbaren Energien gezielt zu fördern.</p> <p>Die Zustimmung wird zur Kenntnis genommen. Änderungsbedarf an der Bauleitplanung besteht nicht.</p> <p>Die Ergebnisse der Abwägung werden wie vorgeschrieben mitgeteilt.</p> <p>zu II. Belange der Landwirtschaft: wird zur Kenntnis genommen</p> <p>Die Belange der Landwirtschaft sind bei der Planung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen gegen die Erfordernisse der Energiewende abzuwägen. Bereits auf Ebene der Standortanalyse ist ersichtlich, dass ist die Planung einer Freiflächenphotovoltaikanlage in der Gemeinde Wolfegg ohne die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen nicht möglich ist. Die</p>
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>Wolfegg, auch wenn eine Standortalternativenprüfung durchgeführt wurde.</p> <p>Im Rahmen der Prüfung finden sich zur Bodenfruchtbarkeit des gewählten Standortes keine Aussagen, wobei es sich bei allen Standorten um landbauwürdige Flächen der Vorrangflur Stufe II handelt. Eine nähere Betrachtung der agrarstrukturellen Eignung der Einzelflächen wurde darüber hinaus nicht vorgenommen.</p> <p>Bei der Ausweisung Sondergebieten für die Nutzung als Freiflächen-Solaranlagen wird grundsätzlich begrüßt, dass nach Ablauf der zeitlichen Befristung der Umwidmung auf der Sondergebietsfläche wieder eine landwirtschaftliche Nutzung vorgesehen wird, jedoch wird angemerkt, dass aufgrund der vorgesehenen Eingrünungs- und Ausgleichsmaßnahmen (Streuobstwiese) die Beeinträchtigung landwirtschaftlicher Belange über die zeitliche Befristung der Umwidmung hinausgeht, wenn nicht nach Aufgabe der Solarnutzung auch eine Aufgabe der Eingrünung und Streuobstwiese möglich bzw. vorgesehen wird.</p> <p>Darüber hinaus wird angeregt, im Falle einer Realisierung des Sondergebietes die ermittelte ökologische Aufwertung (Bilanzüberschuss im Rahmen der Eingriffs- Ausgleichsbilanz) für künftige naturschutzrechtliche Eingriffe gutzuschreiben (Ökokonto)</p> <p>IV. Belange des Straßenbaus Das Regierungspräsidium - Abteilung Straßenwesen und Verkehr - erhebt keine grundsätzlichen Einwendungen zum vorgelegten Bebauungsplan. Gegen die Errichtung der Photovoltaik-Anlage in einem Abstand von 18 m zum nächstgelegenen befestigten Fahrbahnrand der Landesstraße werden keine Einwendungen erhoben. Entsprechend dem Blendgutachten sind keine nachteiligen Auswirkungen auf den Verkehr der Landesstraße zu erwarten. Sollte sich nach der Inbetriebnahme eine Blendung der Verkehrsteilnehmer oder eine Ablenkung durch Spiegelung doch herausstellen, so sind von der Gemeinde entsprechende Blendschutzmaßnahmen zu treffen, um die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs im Zuge der L 316 aufrecht zu erhalten.</p>	<p>Ackerflächen im Bereich der Gemeinde Wolfegg, ein Ausräumen dieser Bedenken wäre daher nur durch einen vollständigen Verzicht der Planung einer Freiflächenphotovoltaikanlage möglich. Wie in der Standortprüfung erläutert, sind keine landwirtschaftlichen Grenz- und Untergrenzfluren im Bereich von vorbelasteten Flächen (Bahnlinie) vorhanden. Angaben zur Bodenfruchtbarkeit werden in der Begründung ergänzt.</p> <p>Die Zustimmung zu den vorgesehenen Befristungen und festgesetzten Nachfolgenutzung wird zur Kenntnis genommen. Mit dem Rückbau der Anlage entfällt auch die Pflicht zur Vorhaltung der Ausgleichsflächen, somit ist auch die Umwandlung in Landwirtschaftliche Fläche möglich. Alternativ können die Ausgleichsmaßnahmen erhalten bleiben und nach Rückbau der Anlage gegebenenfalls noch für zukünftige Eingriffe angerechnet werden.</p> <p>zu IV. Belange des Straßenbaus: wird zur Kenntnis genommen. wird zur Kenntnis genommen</p> <p>Unter Punkt 8.1 der Festsetzungen wird ergänzt: „Sollte sich nach der Inbetriebnahme eine Blendung der Verkehrsteilnehmer oder eine Ablenkung durch Spiegelung doch herausstellen, so sind vom Vorhabensträger entsprechende Blendschutzmaßnahmen zu treffen, um die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs im Zuge der L 316 und der angrenzenden</p>
--	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>Die Abteilung Straßenwesen und Verkehrs weist darauf hin, dass im Bereich des Straßenkörpers der L 316 keine Ver- und Entsorgungsleitungen verlegt werden dürfen. Evtl. notwendig werdende Aufgrabungen im Bereich des Straßenkörpers für Kreuzungen und Anschlüsse an Ver- und Entsorgungsleitungen dürfen erst nach Abschluss einer entsprechenden vertraglichen Regelung (Nutzungsvertrag) mit dem Landratsamt Ravensburg, Straßenbauamt Ravensburg, vorgenommen werden</p> <p>V. Belange Gewässer und Boden Seitens des Referates 52 erfolgen keine Anregungen zu o.g. Vorhaben.</p> <p>VI. Belange des Naturschutzes Keine Belange der höheren Naturschutzbehörde betroffen.“</p>	<p>Bahnlinie aufrecht zu erhalten.“</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen; der Hinweis ist vom Vorhabensträger im Zuge der Ausführungsplanung zu beachten. Der genannte Straßenkörper befindet sich außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes und wird durch diesen nicht unmittelbar berührt.</p> <p>zu V. V. Belange Gewässer und Boden: wird zur Kenntnis genommen</p> <p>zu VI. Belange des Naturschutzes wird zur Kenntnis genommen</p> <p>Beschlussvorschlag zum Bebauungsplan: Ein Hinweis auf die vorhandenen/geplanten Schutzwürdigen Bereiche laut Regionalplan bzw. dessen Fortschreibung wird in der Begründung redaktionell ergänzt. Die o.g. genannte Ergänzung zu Punkt 8.1 der Festsetzungen wird wie genannt aufgenommen.</p>
<p>4</p> <p>Regionalverband Bodensee-Oberschwaben</p> <p>25.02.2020</p>	<p>„(...) wir verweisen auf unsere Stellungnahme vom 08. Jan. zur Änderung des Flächennutzungsplans in diesem Bereich wonach sich das o.g. Vorhaben sowohl gemäß des rechtskräftigen Regionalplans (1996) als auch entsprechend der Raumnutzungs-karte der Fortschreibung des Regionalplans (Anhörungsentwurf 2019) in einem Vorbehaltsgebiet zur Sicherung des Grundwasservorkommens befindet.</p> <p>In diesem Vorbehaltsgebiet soll eine spätere Trinkwassernutzung sichergestellt und ihre fachrechtliche Festsetzung vorbereitet werden. Entsprechend Plansatz 3.3.2 (2) des Fortschreibungsentwurfs stehen alle Planungen und Vorhaben unter dem Vorbehalt einer späteren Ausweisung als Wasserschutzzone III, IIIa oder IIIb.</p> <p>Da der Flächennutzungsplan im Bereich des o. g. Vorhabens „Solarpark bei Gaishaus“ geändert werden soll (Parallelverfahren) kann der Vorhabenbezogene Bebauungsplan „Solarpark bei Gaishaus“ aus dem Flächennutzungsplan entwickelt werden.</p>	<p>Anmerkung: Die Hinweise auf die Vorgaben des Regionalplanes werden zu Kenntnis genommen. Es wird auf die Stellungnahme des Regierungspräsidiums Tübingen (Stellungnahme Nr. 2) und die zugehörige Abwägung verwiesen. Daraus geht hervor, dass die Planung keine Konflikte mit den schutzwürdigen Bereichen verursacht.</p> <p>Die Änderung des Flächennutzungsplanes ist bereits abgeschlossen und rechtskräftig.</p>

	<p>Darüber hinaus bringt der Regionalverband keine weiteren Anregungen und Bedenken zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Solarpark bei Gaishaus“ der Gemeinde Wolfegg vor.“</p>	<p>wird zur Kenntnis genommen</p> <p>Beschlussvorschlag zum Bebauungsplan: Es erfolgt keine Änderung zum Entwurfsstand des Bebauungsplanes.</p>
<p>5.1 Landratsamt Ravensburg – SG 1 Bauleitplanung und Koordination 04.03.2020</p>	<p>„ (...) 1 Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können, mit Rechtsgrundlage 2 Bedenken und Anregungen <u>B. Bauplanungsrechtliche Festsetzungen</u> Ziffer 2 Grenzen 2.2 bitte ergänzen: „... und Gebäude für Trafo- und Wechselrichter“</p> <p>Ziffer 5 Örtliche Verkehrsfläche Bitte wie im VEP aufgeführt hier ergänzen, dass die Befestigung nur als Schotterrasen zulässig ist.</p> <p>Ziffer 10 Erschließung Das Planzeichen ist auf der Planzeichnung unter Ziffer A, wie auch im VEP nicht erkennbar. Dies sollte in den Planzeichnungen dargestellt werden.</p> <p><u>C. Örtliche Bauvorschriften</u> Als Rechtsgrundlage für die örtlichen Bauvorschriften ist in Baden-Württemberg nur § 74 LBO zu nennen, da die örtlichen Bauvorschriften eine eigenständige Satzung darstellen aber zusammen mit dem VBP erlassen werden können (§ 74 Abs. 7 LBO). Die übrigen Rechtsgrundlagen BauGB, BauNVO sind zu streichen. Die Überschrift „Planungsrechtliche Voraussetzungen“ ist zu streichen.</p> <p>Name des Plans Bitte ergänzen: ‚Solarpark bei Gaishaus‘ mit örtlichen Bauvorschriften hierzu, Wolfegg auf dem Deckblatt und im Planteil VBP und VEP</p> <p>Ziffer 2 Einfriedungen Um Blendwirkungen zu vermeiden wird eine Erhöhung des Zauns auf das „notwendige Maß“ zugelassen. Dies sollte konkretisiert werden.</p>	<p>Anmerkung:</p> <p>zu Ziffer 2.2. wird wie gewünscht ergänzt</p> <p>zu Ziffer 5: eine entsprechende Festsetzung ist bereits unter Punkt 6 Geländeoberfläche/ Grundwasserschutz enthalten; der Anregung wird daher nicht gefolgt um Doppelungen zu vermeiden</p> <p>zu Ziffer 10: Das Planzeichen war versehentlich verdeckt; es wird ergänzt.</p> <p>Die Angaben unter Punkt C werden wie gefordert angepasst.</p> <p>Der Name des Planes wird wie gefordert ergänzt</p> <p>Ziffer 2 wird wie folgt ergänzt: „Die notwendige Höhe ist gegebenenfalls durch ein Blendgutachten zu ermitteln. Ein Maß von 3,0 m darf nicht überschritten werden.“</p>

	<p>F. Begründung Ziffer 1 Die Angaben zu den gesetzlichen Grundlagen sind zu ergänzen. Es sollte aufgeführt werden in welcher Fassung die gesetzlichen Grundlagen gelten.</p> <p>Ziffer 2.1 Regionalplanung Die Aussagen zum Regionalplan sind in Bezug auf die Fortschreibung des Regionalplanes zu ergänzen. Der Regionalplan befindet sich in der Fortschreibung. Die in Aufstellung befindlichen Ziele der Raumordnung sind gem. Erlass der Regierungspräsidiums Tübingen vom 26.08.2019 bereits als sonstige Erfordernisse der Raumordnung zu werten, die für aktuelle Planungen, Maßnahmen und Entscheidungen schon von Bedeutung sein können, gem. § 3 Abs. 1 Nr. 4 Raumordnungsgesetz (ROG). Zusätzlich sind die Ausführungen unter G Umweltbericht, Ziffer 1.2.1 entsprechend zu ergänzen.</p> <p>Ziffer 10 Örtliche Bauvorschriften Zweiter Absatz: Wir gehen davon aus, dass die Vorschrift „6 % Reflexion“ zum Schutz der Natur erfolgt. Sie ist daher zu den planungsrechtlichen Festsetzungen des VBP unter B. aufzuführen (§ 9 Abs. 1 Ziffer 20 BauGB). Die Begründung im Umweltbericht unter Ziffer 4.1.1 lässt ebenfalls darauf schließen.</p> <p>3 Hinweise Wir empfehlen in die Begründung die Durchführung der Maßnahme gem. § 12 (1) BauGB innerhalb einer bestimmten Frist mit aufzunehmen.</p> <p><u>D. Hinweise</u> Ziffer 2 „Wasserwirtschaftsam“ gibt es nicht mehr. Es muss Landratsamt Ravensburg, Bau- und Umweltamt heißen. S. 9 letzter Satz „...durch die Anordnung der Ausgleichsfläche zur Siedlung hin und Erhöhung der Abstände“ der Satz sollte beendet werden.</p> <p>Es werden unterschiedliche Flächengrößen für die eigentliche Modulfläche genannt:</p>	<p>zu F. Begründung zu Ziffer 1: Die Anregung wird zur Kenntnis genommen, und der aktuelle Stand der Gesetze redaktionell ergänzt.</p> <p>zu Ziffer 2.1 Die Angaben zum Regionalplan werden wie gefordert ergänzt, siehe auch Abwägung zur Stellungnahme des Regierungspräsidiums Tübingen (Stellungnahme Nr. 2)</p> <p>zu Ziffer 10: Die Festsetzung zur Nutzung von PV-Elementen mit max. 6% Reflexion polarisierten Lichtes wird unter Punkt B Ziffer 3.2. festgesetzt.</p> <p>Zu 3. Hinweise Die Durchführungsfrist wird im Durchführungsvertrag geregelt. Nach Abschluss des Durchführungsvertrages kann ein entsprechender Hinweis in die Endfassung der Begründung informativ mit aufgenommen werden.</p> <p>Zu D. Hinweise: Ziffer 2 wird entsprechend korrigiert.</p> <p>Zu S.9 Der Satz wird ergänzt: „...Rechnung getragen.“</p> <p>In den im Umweltbericht unter Ziffer 2.1.8 genann-</p>
--	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>Unter F. Begründung, Ziffer 4 wurden 1,74 ha und unter G. Umweltbericht Ziffer 2.1.8 werden 1,87 ha genannt. Bitte die geplante Flächengröße immer gleich angeben.</p> <p>Der Satzungstext fehlt in den Unterlagen. Wir weisen darauf hin, dass ein Satzungstext dem Gemeinderat als Beschlussvorlage vorgelegt werden muss.“</p>	<p>ten 1,87 ha ist die Modulfläche und die Fläche zur Erschließung der Anlage enthalten, in den in der Begründung genannten 1,74 ha nur die Modulfläche, ein Widerspruch besteht daher nicht.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen, der Satzungstext wird zur Endfassung ergänzt.</p> <p>Beschlussvorschlag zum Bebauungsplan: Die oben genannten Änderungen/Ergänzungen werden in den überarbeiteten Entwurfstand eingearbeitet.</p>
<p>5.2 Landratsamt Ravensburg - SG 3 Naturschutz 04.03.2020</p>	<p>„(...)“ 1. Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können, mit Rechtsgrundlage 1.1 Gesetzlich geschütztes Biotop, § 30 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) Nachträglich wurde noch das Biotop „Tümpel nördlich Gaishaus“ gemeldet, auf das in der letzten Anhörung zur Flächennutzungsplan-Änderung bereits hingewiesen wurde. Dieses Biotop wurde in der vorliegenden Planung des VBP jedoch noch nicht berücksichtigt. Die Auswirkungen müssen dargestellt werden.</p> <p>In der letzten Stellungnahme. wurde dargelegt, dass PV-Elemente mit max. 6 % Reflexion polarisierten Lichts festzusetzen sind, um erhebliche Beeinträchtigungen für das im direktem Umfeld befindliche Biotop Nasswiese „Kleines Feuchtgebiet westlich Gaishaus“, Nr. 8124-436-0034 auszuschließen. Hierzu ist noch eine Festsetzung zum Insektenschutz im VBP (vgl. Planblatt 1/2) aufzunehmen.</p> <p>1.2 Artenschutz, § 44 BNatSchG Die Aussage, dass auf der Fläche voraussichtlich seltene bzw. gefährdete Arten auszuschließen seien, ist nicht ausreichend. Es ist bisher nicht ersichtlich bzw. ableitbar, ob das Eintreten artenschutzrechtlicher Verbote durch die Planung ausgeschlossen werden kann. Daher erscheint eine artenschutzrechtliche Relevanzbegehung unumgänglich. Diese muss sich auch auf den nördlich gelegenen Biotop-Bereich „Tümpel nördlich Gaishaus“ erstrecken, da dieser eine Lebensstätte von Amphibien und Libellen darstellt.</p>	<p>Anmerkung:</p> <p>zu 1.1: Die zum Entwurf der Flächennutzungsplanänderung eingegangenen Hinweise konnten in der Entwurfsfassung des Bebauungsplanes nicht mehr berücksichtigt werden. Der Umweltbericht wird nun entsprechend ergänzt.</p> <p>Eine Pflicht, Module mit maximal 6% Reflexion polarisiertem Licht zu verwenden ist bereits unter Punkt 3.2 der Festsetzungen enthalten.</p> <p>zu 1.2: Inzwischen wurden in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde zwei artenschutzrechtliche Relevanzbegehungen durchgeführt (Zeitraum Ende Mai/Anfang Juni). Dabei konnten keine Hinweise auf artenschutzrechtlich relevante Vorkommen von Amphibien oder Libellen im Bereich des genannten Tümpels festgestellt werden. Der Umweltbericht wird entsprechend ergänzt.</p>

	<p>Insbesondere müssen auch noch Aussagen zu einer möglichen Betroffenheit der Zauneidechse gemacht werden. Bahnlinien und deren Böschungsbereiche dienen häufig als Ausbreitungslinien und (Teil-)Lebensräume für Zauneidechsen. Daher kann nach Auffassung der unteren Naturschutzbehörde ein Vorkommen zunächst nicht ausgeschlossen werden. Sollte auf eine Kartierung verzichtet werden, sind anhand einer Worst-Case- Betrachtung Minimierungsmaßnahmen, wie z.B. das Aufstellen eines Reptilienschutzzaunes vor Durchführung der Baumaßnahmen festzulegen und ggf. Minimierungsmaßnahmen für diese Art (Zeitpunkt der Baufeldräumung etc.) festzulegen.</p> <p>1.3 Ausgleichsflächen Die Gemeinde hat dafür Sorge zu tragen, dass die dem VBP zugeordneten Ausgleichsmaßnahme im und außerhalb des Plangebietes durch den Vorhabenträger umgesetzt, gepflegt und dauerhaft erhalten werden. Dies gilt auch für die festgesetzten Pflanzgebote im Plangebiet. Die Gemeinde ist verpflichtet sicherzustellen, dass die, auch auf privatem Grund, festgesetzten, dem Ausgleich dienenden Maßnahmen tatsächlich gepflanzt, gepflegt und dauerhaft erhalten werden (Streuobstwiese, Heckenpflanzung sowie für die Anlage eines extensives Grünland (vgl. Planblatt 1/1, Ziff. 7.1 – 7.5 „Grünordnung“).“</p>	<p>Ein Nachweis von Zauneidechsen ist ebenfalls nicht gelungen. Da die potentiellen Eidechsenhabitate (Böschungen der Bahnlinie) allerdings direkt an den geplanten Solarpark angrenzen, wird zur Vermeidung der Tötung von einzelnen Tieren in den Festsetzungen B als Ziffer 7.6. aufgenommen: „Schutz von Reptilienhabitaten - Die Böschungen an der Bahnlinie entlang der westlichen Grenze des Geltungsbereiches sind vor mechanischen Beschädigungen und Ablagerungen während der Bauphase durch einfache Abgrenzungen mit Bauzäunen, Bändern oder Pfosten und ähnlichem sowie einer besonderen Einweisung der Baufirma zu schützen. Bei einer Bauausführung in den Monaten April bis September ist spätestens eine Woche vor Baubeginn ein Reptilienschutzzaun entlang der gesamten Grenze des Geltungsbereiches aufzustellen und bis zur Beendigung der Bauarbeiten vorzuhalten. Bei einer Bauzeit zwischen Oktober und März ist kein Reptilienzaun erforderlich“</p> <p>zu 1.3.: Der Vorhabensträger verpflichtet sich im Durchführungsvertrag zur Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen und grünordnerischen Festsetzungen.</p> <p>Beschlussvorschlag zum Bebauungsplan: Die oben genannten Änderungen/Ergänzungen werden in den überarbeiteten Entwurfstand eingearbeitet.</p>
<p>5.3 Landratsamt Ravensburg Forstamt</p>	<p>„Wir schließen uns der Stellungnahme der höheren Forstbehörde v. 25.02.2020, Az.: 83-2511.2 436_085 / SN vBBP Wolfegg_Solarpark Gaishaus an und verweisen ferner auf die koordinierte Stellungnahme v. 23.05.2019 Ziff. E sowie die Aktennotiz</p>	<p>Anmerkung: wird zur Kenntnis genommen; die Stellungnahme der höheren Forstbehörde wird unter Punkt 26 behandelt.</p>

<p>04.03.2020</p>	<p>1 v. 07.02.2019.“</p> <p><u>koordinierte Stellungnahme vom 23.05.2020 (frühzeitige Beteiligung):</u> <i>„(...) Wir verweisen auf die beim Scoping Termin am 07.02.2019 abgegebene Stellungnahme zum VBP "Solarpark bei Gaishaus": Herr Winkler empfiehlt einen Abstand zwischen Wald und PV-Anlage von 30 m in Anlehnung an die LBO, da für die angrenzenden Waldbesitzer Bewirtschaftungsschwernisse und erhöhte Verkehrssicherungsaufwendungen zu erwarten sind. Wenn der Abstand nicht eingehalten wird, sollte eine Haftungsfreistellungserklärung zugunsten der Waldbesitzer, welche angrenzende Grundstücke an die geplante Freiflächenphotovoltaikanlage besitzen, ausgestellt werden.“</i></p>	<p>Die Forderung des Forstamtes wird zur Kenntnis genommen. Das Waldabstandsgebot gemäß § 4 LBO trifft für gebäudeunabhängige Solaranlagen nicht zu. Da die nutzbare Fläche der Anlage durch einen Abstand von 30 m oder mehr zu stark eingeschränkt würde, hat sich der Vorhabensträger bereit erklärt, eine Haftungsfreistellung zugunsten der Waldbesitzer auszustellen. Diese wird gemeinsam mit dem Durchführungsvertrag bei der Gemeinde Wolfegg hinterlegt. Dies hat auch den Hintergrund, dass das Abrücken von der südlich angrenzenden Bebauung als wichtiger angesehen wird als das Abrücken von der Waldgrenze. Um den Zugang zu den angrenzenden Waldflächen möglichst wenig einzuschränken, wird eine Umfahrung der Anlage entlang des Waldes festgesetzt.</p> <p>Beschlussvorschlag zum Bebauungsplan: Es erfolgt keine Änderung zum Entwurfsstand des Bebauungsplanes.</p>
<p>5.4</p> <p>Landratsamt Ravensburg Verkehrsamt Straßenverkehrsbehörde</p> <p>04.03.2020</p>	<p>„(...) Hinweise Im Hinblick auf den o.g. VBP „Solarpark bei Gaishaus“ kann aus Sicht der Unteren Straßenverkehrsbehörde, im Benehmen mit dem Polizeipräsidium Ravensburg grundsätzlich das Einvernehmen erteilt werden. Bezüglich der genannten Blendwirkungen bestehen jedoch erhebliche Bedenken. Diese sollten ausgeschlossen werden, so dass eine Beeinträchtigung der Verkehrsteilnehmer auf der L 316 und damit der Verkehrssicherheit vermieden wird.“</p>	<p>Anmerkung: Die Zustimmung wird zur Kenntnis genommen. Änderungsbedarf an der Bauleitplanung besteht nicht. Es wurde vor der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange ein Blendgutachten (ifb Eigenschenk) erstellt, das den Unterlagen beilag. Dieses kommt zu dem Ergebnis, dass es bei der geplanten Ausführung der Anlage nicht zu störenden Blendungen auf die Landstraße sowie Bahnlinie kommt.</p> <p>Beschlussvorschlag zum Bebauungsplan: Es erfolgt keine Änderung zum Entwurfsstand des Bebauungsplanes.</p>

<p>5.5</p> <p>Landratsamt Ravensburg Gewerbeabwasser</p> <p>04.03.2020</p>	<p>1. Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können, mit Rechtsgrundlage</p> <p>a) Im Bebauungsplan sind Auswirkungen auf die Schutzgüter, insbesondere Boden und Wasser, der sachgerechte Umgang mit Abfällen und Abwässern zu beschreiben (§ 1 Abs. 6 Ziff. 7a, 7e, 7g, § 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB; § 12 Abs. 5 Wassergesetz-WG). Ggfs. sind bauplanungsrechtliche und bauordnungsrechtliche Vorschriften erforderlich.</p> <p>b) Die Entsorgung des auf den versiegelten Flächen anfallenden Niederschlagswassers hat entsprechend der wassergesetzlichen Vorgaben über ein modifiziertes System zu erfolgen (getrennte Ableitung von Niederschlagswasser und Schmutzwasser), soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften noch wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen. (§ 55 Abs. 2, § 56 Wasserhaushaltsgesetz-WHG; § 46 Abs. 2 und 3 WG; § 1 Abs. 1 Niederschlagswasserverordnung). Die Entwässerung ist zu beschreiben und im Plan darzustellen Für die Versickerungskonzeption ist eine Aussage über die Untergrundbeschaffenheit, wie Versickerungsfähigkeit und ggf. Altlasten z.B. durch ein Bodengutachten, zu erbringen.</p> <p>2. Hinweise</p> <p>a) Da das anfallende Niederschlagswasser breitflächig versickert, ist für die Reinigung der Module nur Wasser ohne Reinigungsmittel einzusetzen, um das Grundwasser vor Belastungen zu schützen (nur unbelastetes Niederschlagswasser darf versickert werden).</p> <p>b) Es wird empfohlen, notwendige Oberflächenbefestigungen (z. B. für Zufahrten usw.) in wasserdurchlässigen Belägen auszuführen.</p>	<p>zu a) wird zur Kenntnis genommen; die Schutzgüter werden im Umweltbericht behandelt.</p> <p>b) Das auf den versiegelten Flächen anfallende Niederschlagswasser wird breitflächig versickert, eine gezielte Ableitung findet nicht statt. Da Schmutzwasser im Geltungsbereich nicht anfällt, ist auch hier keine Ableitung notwendig.</p> <p>zu 2.</p> <p>a) Der Bebauungsplan setzt unter Punkt 6.4 bereits fest, dass die Reinigung der Modulflächen nur mit reinem Wasser zulässig ist.</p> <p>b) Der Bebauungsplan setzt unter Punkt 6.3 bereits fest, dass sämtliche Bodenbefestigungen in sickerfähiger Ausführung herzustellen sind.</p> <p>Beschlussvorschlag zum Bebauungsplan: Es erfolgt keine Änderung zum Entwurfsstand des Bebauungsplanes.</p>
<p>9</p> <p>Deutsche Bahn AG - DB Immobilien - Region Südwest</p> <p>02.03.2020</p>	<p>„(...) die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien als von der DB Netz AG bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme der Träger öffentlicher Belange zum o.g. Verfahren:</p> <p>Gegen die Neuaufstellung des o. g. Bebauungsplan bestehen bei Beachtung und Einhaltung der nachfolgenden Bedingungen/Auflagen und Hinweise aus Sicht der DB</p>	<p>Anmerkung:</p> <p>wird zur Kenntnis genommen</p>

	<p>AG und ihrer Konzernunternehmen keine Bedenken. Durch das Vorhaben dürfen die Sicherheit und die Leichtigkeit des Eisenbahnverkehrs auf der angrenzenden Bahnstrecke nicht gefährdet oder gestört werden.</p> <p>Durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehen Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Abgase, Funkenflug, Abriebe z.B. durch Bremsstäube, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder etc.), die zu Immissionen an benachbarter Bebauung führen können.</p> <p>Photovoltaik- bzw. Solaranlagen sind blendfrei zum Bahnbetriebsgelände hin zu gestalten. Sie sind so anzuordnen, dass jegliche Blendwirkung ausgeschlossen ist. Sollte sich nach der Inbetriebnahme eine Blendung herausstellen, so sind vom Bauherrn entsprechende Abschirmungen anzubringen. Es ist jederzeit zu gewährleisten, dass durch Bau, Bestand und Betrieb der Photovoltaikanlage keinerlei negativen Auswirkungen auf die Sicherheit des Eisenbahnbetriebs (z.B. Sichteinschränkungen der Triebfahrzeugführer durch z.B. Blendungen, Reflexionen) entstehen können und dass die Lärmemissionen des Schienenverkehrs nicht durch Reflektionseffekte erhöht werden.</p> <p>Die Deutsche Bahn AG sowie die auf der Strecke verkehrenden Eisenbahnverkehrsunternehmen sind hinsichtlich Staubeinwirkungen durch den Eisenbahnbetrieb (z. B. Bremsabrieb) sowie durch Instandhaltungsmaßnahmen (z.B. Schleifrückstände beim Schienenschleifen) von allen Forderungen freizustellen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass aus Schäden und Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit der Anlage (Schattenwurf usw.), die auf den Bahnbetrieb zurückzuführen sind, keine Ansprüche gegenüber der DB AG sowie bei den auf der Strecke verkehrenden Eisenbahnverkehrsunternehmen geltend gemacht werden können.</p> <p>Durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehen Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Abgase, Funkenflug, Abriebe z.B. durch Bremsstäube, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder etc.), die zu</p>	<p>Vor der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange wurde ein Blendgutachten erstellt, das den Entwurfsunterlagen beilag und zu dem Schluss kommt, dass es nicht zu störenden Blendungen auf die Landstraße sowie Bahnlinie kommt. Die Forderung der Bahn kann demnach als erfüllt betrachtet werden.</p> <p>Die Hinweise zu möglichen entstehenden Emissionen, Beeinflussung magnetischer Geräte und Planungen und Baumaßnahmen im Umfeld der Bahnlinie werden zur Kenntnis genommen. Aufgrund der geplanten Nutzung als Photovoltaikanlage sind keine Beeinträchtigungen auf die zukünftige Bebauung durch die genannten Emissionen zu erwarten.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen; gemäß dem den Unterlagen beiliegenden Blendgutachten sind keine störenden Blendungen durch die Anlage zu erwarten. Unter Punkt 8.1 der Festsetzungen wird wie bereits bei der Stellungnahme Nr. 2 – Regierungspräsidium Tübingen erwähnt- folgendes ergänzt: „Sollte sich nach der Inbetriebnahme eine Blendung der Verkehrsteilnehmer oder eine Ablenkung durch Spiegelung doch herausstellen, so sind vom Vorhabensträger entsprechende Blendschutzmaßnahmen zu treffen, um die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs im Zuge der L 316 und der angrenzenden Bahnlinie aufrecht zu erhalten.“</p> <p>Der Vorhabensträger erklärt sich bereit, eine Haftungsfreistellungserklärung zugunsten der Deutschen Bahn und der sonstigen auf der Strecke verkehrenden Eisenbahnunternehmen zu unterzeichnen, die diese von Ansprüchen für aus ordnungsgemäßem Eisenbahnbetrieb oder Instandhaltung der Bahnanlagen entstehende Schäden freistellt. Diese wird mit dem Durchführungsvertrag bei der Gemeinde hinter-</p>
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

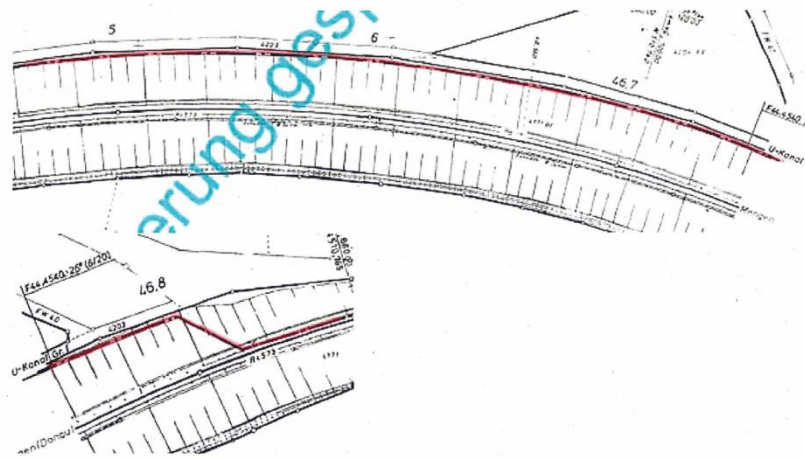
	<p>Immissionen an benachbarter Bebauung führen können.</p> <p>Verantwortlich gegenüber Gefahren aus dem Eisenbahnbetrieb ist die DB Netz AG, Bau- und Betriebskoordination, Bahnhofstraße, Bismarckallee 7-13, 79098 Freiburg, Herr Steiner, Tel: 0761 212 1154, Mobil: 0151 1216 7652 E-Mail: Juergen.Steiner@deutschebahn.com</p> <p>Ihr obliegt auch die Festlegung der notwendigen Sicherungsmaßnahmen.</p> <p>Bei der Zufahrt zum Gelände muss darauf geachtet werden, dass die vorgeschriebene Räumstrecke vor und nach dem Bahnübergang von 30m von der Schienenkante gemessen eingehalten wird.</p> <p>Die Andienung der Baustelle muss so gestaltet werden, dass Fahrzeuge der Zulieferer aus- und einfahren können, ohne den Straßenverkehr aus Richtung des Bahnüberganges zu behindern.</p> <p>Der Eisenbahnbetrieb darf weder behindert noch gefährdet werden.</p> <p>Während der Bauarbeiten ist der Regellichttraum (4,0 m beidseitig der Gleisachse) entlang der Gleise immer freizuhalten.</p> <p>Das Betreten und Überschreiten des Bahnbetriebsgeländes, auch zum Zwecke der Bauausführung, ist nicht gestattet. Muss hiervon abgewichen werden, ist die Zustimmung der DB Netz AG einzuholen. .</p> <p>Als Betretungsschutz zum Gleisbereich, ist ein Bauzaun oder eine feste Absperrung anzubringen. Falls Bauarbeiten durchgeführt werden, die Einwirkungen auf den Bahnbetrieb haben und in Folge zur Gefährdung des Bahnbetriebs führen, ist eine .kostenpflichtige Betriebs- und Bauanweisung (Beta) erforderlich.</p> <p>Keine Inanspruchnahme von Bahngelände zur Lagerung von Aushub, Bauschutt und Baumaterial und keine Abstellung von Baumaschinen und Geräten.</p> <p>Bei Bauausführungen unter Einsatz von Bau- I Hubgeräten (z.B. (Mobil-) Kran, Bagger etc.) ist das Überschwenken der Bahnfläche bzw. der Bahnbetriebsanlagen mit angehängten Lasten oder herunterhängenden Haken verboten. Die Einhaltung dieser Auflagen ist durch den Bau einer Überschwenkbegrenzung (mit TÜV-Abnahme) sicher zu stellen. Die Kosten sind vom Antragsteller bzw. dessen Rechtsnachfolger zu tragen.</p> <p>Werden bei einem Kraneinsatz ausnahmsweise Betriebsanlagen der DB überschwenkt, so ist mit der DB Netz AG eine schriftliche Kranvereinbarung abzuschließen, die mindestens 4 – 8 Wochen vor Kranaufstellung bei der DB Netz AG zu beantragen ist.</p> <p>Der Antrag zur Kranaufstellung ist mit Beigabe der Konzernstellungnahme der DB zum Vorhaben bei der DB Netz AG, Bismarckallee, 7-13, 79098 Freiburg, Herr Steiner, Tel: 0761 212 1154, Mobil: 0151 1216 7652, E-Mail: Juergen.Steiner@deutschebahn.com einzureichen. Generell ist auch ein maßstäblicher Lageplan (M 1:1000) mit dem vorgesehenen</p>	<p>legt.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Hinweise zum Umgang mit der Bahnlinie während der Bauphase werden an den Vorhabenträger weitergeleitet und sind von diesem während der Bauausführung zu beachten. Auf Ebene der Bauleitplanung ergeben sich keine Änderungen.</p>
--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Schwenkradius vorzulegen.

Der angefragte Bereich enthält im Grenzbereich entlang der Bahnstrecke einen U-Kanal mit Streckenfernmeldekanal der DB Netz AG.

Grenzabstand von > 2 m zur Kabeltrasse muss gewährleistet sein!

Fernmeldekanal der DB Netz dürfen nicht überbaut werden und müssen jederzeit zum Zwecke der Inspektion, Wartung und Instandsetzung frei zugänglich sein. Einzelheiten entnehmen Sie bitte folgendem Lageplan.



Um Kabelbeschädigungen zu vermeiden, ist in der Planung der Baumaßnahme, welche die Bahngrenze mit einem Grenzabstand < 2 m tangiert, eine örtliche Einweisung durch einen Mitarbeiter der DB Kommunikationstechnik notwendig (Übergabe Kabelmerkblatt der DBAG).

Bitte teilen Sie uns dann schriftlich rechtzeitig (mindestens 10 Arbeitstage vorher und unter Angabe unserer Bearbeitungs-Nr. bzw. der Bahnstrecken-Nummer und der Bahn-Kilometrierung) den Termin (Datum, Uhrzeit, Treffpunkt) zur Kabeleinweisung mit:

DB Kommunikationstechnik

Netzadministration

Lammstr. 19

76133 Karlsruhe

E-Mail: DB.KT.Dokumentationsservice-Muenchen@deutschebahn.com

Die genannten Kabel befinden sich außerhalb des Geltungsbereiches auf dem Grundstück der Bahnlinie. Diese werden demnach nicht durch die Anlage überbaut. Da der Bebauungsplan einen Abstand der Umzäunung zur Flurgrenze von 2,0 m festsetzt, ist die Einhaltung der Mindestabstände gewährleistet.

Wird zur Kenntnis genommen

	<p>Für Rückfragen steht Ihnen Frau Kästel Tel. 0721 938 2218 gerne zur Verfügung. Die Staubentwicklung ist in Grenzen zu halten. Es ist durch geeignete Schutzmaßnahmen sicherzustellen, dass die freie Sicht im Bereich der Gleisanlagen nicht eingeschränkt wird.</p> <p>Dach-, Oberflächen- und sonstige Abwässer dürfen nicht auf oder über Bahngrund abgeleitet werden. Sie sind ordnungsgemäß in die öffentliche Kanalisation abzuleiten. Einer Versickerung in Gleisnähe kann nicht zugestimmt werden.</p> <p>Entlang dem Grenzbereich dürfen keine Abgrabungen bzw. Aufschüttungen vorgenommen werden. Die Standsicherheit der angrenzenden Gleisanlagen darf durch die Baumaßnahme nicht beeinträchtigt werden und ist auch während der Bauzeit zu gewährleisten.</p> <p>„Alle Neuanpflanzungen im Nachbarbereich von Bahnanlagen, insbesondere Gleisen, müssen den Belangen der Sicherheit des Eisenbahnbetriebes entsprechen. Zu den Mindestpflanzabständen ist die DB Richtlinie (Ril) 882 „Handbuch Landschaftsplanung und Vegetationskontrolle“ zu beachten und über folgende Bestelladresse zu erwerben: DB Kommunikationstechnik GmbH, Medien- und Kommunikationsdienste, Informationslogistik, Kriegsstraße 136,76133 Karlsruhe, Tel. 0721 1938-5965, Fax 0721 1938-5509 E-Mail: zrw@deutschebahn.com</p> <p>Die gesamte Ril kann nur als Gesamtwerk bestellt werden. Der Großteil des Regelwerks beschäftigt sich mit verschiedenen Aspekten zu Bepflanzungen an Bahnstrecken. Die derzeit aktuellen Bestellkosten bitten wir bei der DB Kommunikationstechnik GmbH zu erfragen.</p> <p>An Streckenabschnitten, die mit Geschwindigkeiten bis 160 km/h befahren werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Mindestabstände zur Gleismitte des äußersten Gleises für klein- und mittelwüchsige Sträucher 8 m, für hochwüchsige Sträucher 10 m und für Bäume 12 m. - Keine Pflanzungen innerhalb der in Modul 882.0220 genauer definierten Rückschnittzone (hierdurch können sich im Einzelfall die o.g. Mindestabstände beträchtlich erhöhen). Die Rückschnittzone dient der Freihaltung von Sicherheitsräumen, Ingenieurbauwerken, Oberleitungsabständen, Signalsichten etc. gemäß der anerkannten Regeln der Technik. - Ausschließlich Pflanzung geeigneter Gehölze, wie in den Modulen 882.0331 und 882.0333A01 beschrieben. <p>Die Pflanzung darf zu keinem Zeitpunkt die Sicherheit des Eisenbahnbetriebes gefährden.</p> <p>Bei Windbruch darf keine Gefahr für den Eisenbahnbetrieb bestehen.</p>	<p>Der Bebauungsplan setzt die breitflächige Versickerung des Niederschlagswassers im gesamten Geltungsbereich fest, eine Ableitung auf Bahngrund findet nicht statt.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen;</p> <p>Die genannten Mindestpflanzabstände werden durch die Planung eingehalten. In die Hinweise unter D wird als zusätzlicher Punkt D. 8. Aufgenommen: „Bei der Bepflanzung der Ausgleichsflächen sind die Mindestabstände und sonstigen Vorgaben gemäß der DB Richtlinie (Ril) 882 „Handbuch Landschaftsplanung und Vegetationskontrolle“ zu beachten.“</p>
--	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>Ein Rückschnitt darf nicht vom Bahngelände erfolgen müssen.</p> <p>Der Bauherr ist angehalten, das Grundstück im Interesse der öffentlichen Sicherheit und auch im Interesse der Sicherheit der auf seinem Grundstück verkehrenden Personen und Fahrzeuge derart einzufrieden, dass ein gewolltes oder ungewolltes Betreten und Befahren von Bahngelände oder sonstiges Hineingelangen in den Gefahrenbereich der Bahnanlagen verhindert wird. Die Einfriedung ist vom Bauherrn bzw. seinen Rechtsnachfolgern laufend instand zu halten und ggf. zu erneuern. Die anfallenden Kosten gehen zu Lasten des Bauherrn bzw. seiner Rechtsnachfolger.</p> <p>Bei Planung von Lichtzeichen und Beleuchtungsanlagen (z.B. Baustellenbeleuchtung, Parkplatzbeleuchtung, Leuchtwerbung aller Art etc.) in der Nähe der Gleise oder von Bahnübergängen etc. hat der Bauherr sicherzustellen, dass Blendungen der Triebfahrzeugführer ausgeschlossen sind und Verfälschungen, Überdeckungen und Vortäuschungen von Signalbildern nicht vorkommen.</p> <p>Sollte sich nach Inbetriebnahme der Reklameeinrichtung herausstellen, dass es doch zu Beeinträchtigungen der Signalsicht kommt, ist DB seitig mit einem Widerruf der Zustimmung bzw. mit Einschränkungen oder Abänderungen zu rechnen.</p> <p>Künftige Aus- und Umbaumaßnahmen sowie notwendige Maßnahmen zur Instandhaltung und dem Unterhalt, im Zusammenhang mit dem Eisenbahnbetrieb, sind der Deutschen Bahn weiterhin im öffentlichen Interesse zweifelsfrei und ohne Einschränkungen zu gewähren.</p> <p>Es wird hiermit auf § 64 EBO hingewiesen, wonach es verboten ist, Bahnanlagen, Betriebseinrichtungen oder Fahrzeuge zu beschädigen oder zu verunreinigen, Schranken oder sonstige Sicherungseinrichtungen unerlaubt zu öffnen, Fahrthindernisse zu bereiten oder andere betriebsstörende oder betriebsgefährdende Handlungen vorzunehmen.</p> <p>Für Schäden, die der DB aus der Baumaßnahme entstehen, haftet der Planungsträger / Bauherr im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und gegebenenfalls in vollem Umfang.</p> <p>Sämtliche Kosten, die der DB aus der Baumaßnahme entstehen, sind vom Antragsteller zu tragen und werden gesondert in Rechnung gestellt. Die Abrechnung erfolgt nach den „Allgemeinen Vertragsbedingungen für außertarifliche Leistungen der DB AG (AVBL)".</p> <p>Der Antragsteller hat hierzu dem zuständigen Netzbezirk eine entsprechende schriftliche Kostenübernahmeerklärung abzugeben.</p> <p>Die späteren Anträge auf Baugenehmigung für den Geltungsbereich sind uns erneut zur Stellungnahme vorzulegen. Wir behalten uns weitere Bedingungen und Auflagen vor.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen; eine Einfriedung der Anlage setzt der Bebauungsplan bereits fest.</p> <p>Lichtzeichen oder Beleuchtungsanlagen sind im Bereich des Bebauungsplanes nicht zugelassen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen</p> <p>wird zur Kenntnis genommen</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen</p>
--	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass auf oder im unmittelbaren Bereich von DB Liegenschaften jederzeit mit dem Vorhandensein betriebsnotwendiger Kabel, Leitungen oder Verrohrungen gerechnet werden muss.</p> <p>Falls noch nicht geschehen, bitten wir im Rahmen der Anhörung der Träger öffentlicher Belange das Eisenbahn-Bundesamt zu beteiligen. Zuständige Stelle in diesem Falle: Eisenbahn-Bundesamt, Außenstelle Karlsruhe/Stuttgart, Südendstraße 44, 76135 Karlsruhe</p> <p>Wir bitten Sie, uns die Abwägungsergebnisse zu gegebener Zeit zuzusenden und uns an dem Verfahren weiterhin zu beteiligen.“</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen</p> <p>Das Eisenbahn-Bundesamt wurde bereits beteiligt.</p> <p>Die Abwägungsergebnisse werden wie vorgeschrieben mitgeteilt.</p> <p>Beschlussvorschlag zum Bebauungsplan: Die oben genannten Änderungen/Ergänzungen werden in den überarbeiteten Entwurfstand eingearbeitet.</p>
<p>12</p> <p>Deutsche Telekom Technik GmbH PTI 32/Bauleitplanung</p> <p>19.02.2020</p>	<p>„(...) zu diesem Bebauungsplan haben wir bereits am 27.01.2020 Stellung bezogen. Diese Stellungnahme gilt bis auf weiteres unverändert.“</p> <p><u>genannte Stellungnahme vom 27.01.2020</u> (im FNP-Verfahren): „(...) Wir danken für die Zusendung der Unterlagen zur Änderung des Flächennutzungsplanes, Sonderprüfung für Solarpark bei Gaishaus in Wolfegg. Gegen die 1. Änderung des Flächennutzungsplanes haben wir keine Einwände.</p> <p><i>Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom, die aus beigefügtem Plan ersichtlich sind. Der Bestand und der Betrieb der vorhandenen TK-Linien müssen weiterhin gewährleistet bleiben.</i></p> <p><i>Die entsprechenden Pläne können jeweils aktuell bei uns unter Planauskunft.Suedwest@telekom.de abgefragt werden.</i></p>	<p>Anmerkung: Die genannte Stellungnahme von 27.01.2020 wurde im parallelen Verfahren zur Flächennutzungsplanänderung abgegeben. Sie wurde auf dieser Ebene demnach bereits abgewägt. Nachdem in dem vorliegenden Schreiben lediglich auf die Stellungnahme vom 27.02.2020 verwiesen wird, wird davon ausgegangen dass die darin enthaltenen Aussagen auch für den Bebauungsplan gelten.</p> <p>Die Zustimmung wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die genannten Leitungen befinden sich südwestlich des Geltungsbereiches, im Bereich der Ausgleichsfläche direkt auf der Flurgrenze. Im Zuge der Ausführungsplanung müssen die Leitungen gegebenenfalls berücksichtigt werden. Auf Ebene des Bebauungsplanes entsteht kein Änderungsbedarf.</p>

	<p><i>Genauere Stellungnahmen sind jedoch erst möglich, wenn die daraus resultierenden Bebauungspläne ins Bauleitplanverfahren eingebunden und wir beteiligt werden.</i></p> <p><i>Hinweis:</i> <i>Achtung seit 01.12.2013 neue Funktionspostfachadresse ! Bitte nur noch diese benutzen.</i> <i>Bitte alle neuen Anfragen zukünftig an das neue Funktionspostfach senden. Es lautet: T-NI-Sw-Pti-32-Bauleitplanung@telekom.de</i> <i>Für einzelne Gebäudeanschlüsse setzen Sie sich bitte mit folgenden Kontaktadressen in Verbindung:</i> <i>Die Kontaktdaten lauten:</i> <i>Email: Bbb-Donaueschingen@telekom.de.</i> <i>Tel. +49 800 3301903</i> <i>Web: http://www.telekom.de/umzug/bauherren?wt_mc=alias_1156_bauherren.</i></p>	<p>Die Unterlagen zum Bebauungsplan lagen der Deutschen Telekom im Rahmen der Beteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vor. Es wurden keine weiteren Anmerkungen/Forderungen vorgebracht.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Beschlussvorschlag zum Bebauungsplan: Es erfolgt keine Änderung zum Entwurfsstand des Bebauungsplanes.</p>
<p>25</p> <p>Eisenbahn-Bundesamt</p> <p>13.02.2020</p>	<p>„(...) Das Eisenbahn-Bundesamt ist die zuständige Planfeststellungsbehörde für die Betriebsanlagen und die Bahnstromfernleitungen (Eisenbahninfrastruktur) der Eisenbahnen des Bundes. Es prüft als Träger öffentlicher Belange, ob die zur Stellungnahme vorgelegten Planungen bzw. Vorhaben die Aufgaben nach § 3 des Gesetzes über die Eisenbahnverkehrsverwaltung des Bundes berühren.</p> <p>Die Belange des Eisenbahn-Bundesamtes werden von der Planung berührt. Ich weise darauf hin, dass Flächen einer Eisenbahn des Bundes nicht überplant werden dürfen. Um solche Flächen handelt es sich, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> - Grundstücke von einer Entscheidung gemäß § 18 AEG erfasst worden sind, - das planfestgestellte Vorhaben verwirklicht worden ist, - die Grundstücke für Bahnbetriebszwecke tatsächlich in Dienst genommen worden sind. <p>Aus diesem Grund sind diese Flächen aufgrund des Fachplanungsprivilegs aus § 18 AEG i.V.m. § 38 BauGB der kommunalen Planungshoheit entzogen, solange sie nicht gemäß § 23 AEG von Bahnbetriebszwecken freigestellt worden sind.</p> <p>Bahnanlagen dürfen nicht geändert werden. Aus den mitgelieferten Unterlagen ist nicht ersichtlich, ob es zu irgendwelchen Änderungen kommt. Ergibt sich im Zusammenhang mit einem Bebauungsplan die Notwendigkeit der Änderung einer Betriebsanlage (z.B. die Versetzung eines Oberleitungsmastes) sind diese Änderungen nur im Rahmen eines Planrechtsverfahrens nach § 18 AEG zulässig. Wenn an den Bahnan-</p>	<p>Anmerkung:</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen</p> <p>Änderungen an den Bahnanlagen ergeben sich nicht aus dem vorliegenden Bauleitplan.</p>

	<p>lagen nichts geändert wird, bestehen keine Bedenken, die Flächen sind nachrichtlich darzustellen im B-Plan.</p> <p>Ich weise darauf hin, dass durch die Anlage jegliche Beeinträchtigung z.B. durch Spiegelung, Blendwirkungen o.ä. auf den Eisenbahnbetrieb vermieden werden muss. Sollten dies auftreten, sind entsprechende bauliche Vorkehrungen außerhalb der Betriebsanlagen der Eisenbahn des Bundes gemäß den allgemeinen anerkannten Regeln der Technik herzustellen.</p> <p>Bitte beachten Sie, dass das Eisenbahn-Bundesamt nicht die Vereinbarkeit aus Sicht der Betreiber der Eisenbahnbetriebsanlagen (Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, Region Südwest, Gutschstr.6, 761 37, Karlsruhe) prüft. Die Betreiber dieser Anlagen sind möglicher Weise betroffen. Daher werden die gebotenen Beteiligungen empfohlen, sofern sie nicht bereits stattfinden.“</p>	<p>Es wurde vor der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange ein Blendgutachten (ifb Eigenschenk) erstellt, das den Unterlagen beilag. Dieses kommt zu dem Ergebnis, dass es bei der geplanten Ausführung der Anlage nicht zu störenden Blendungen auf die Landstraße sowie Bahnlinie kommt. Unter Punkt 8.1 der Festsetzungen wird, wie bereits bei der Stellungnahme Nr. 2 – Regierungspräsidium Tübingen erwähnt, folgendes ergänzt: „Sollte sich nach der Inbetriebnahme eine Blendung der Verkehrsteilnehmer oder eine Ablenkung durch Spiegelung doch herausstellen, so sind vom Vorhabensträger entsprechende Blendschutzmaßnahmen zu treffen, um die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs im Zuge der L 316 und der angrenzenden Bahnlinie aufrecht zu erhalten.“</p> <p>Die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, Region Südwest wurde am Verfahren bereits beteiligt.</p> <p>Beschlussvorschlag zur Änderung des Flächennutzungsplans: Die oben genannten Änderungen/Ergänzungen werden in den überarbeiteten Entwurfstand eingearbeitet.</p>
<p>26</p> <p>Regierungspräsidium Freiburg Höhere Forstbehörde</p> <p>25.02.2020</p>	<p>„(...) die Gemeinde Wolfegg beabsichtigt mit der Ausweisung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Solarpark bei Gaishaus“ die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung eines Solarparks auf der Gemarkung Wolfegg (FSt. 79) zu schaffen. Der Gemeinderat hat am 23.09.2019 den Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan gefasst. Zu den vorgelegten Planunterlagen äußert sich die Höhere Forstbehörde wie folgt.</p> <p>STELLUNGNAHME Im Vorhabenbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Solarpark bei Gaishaus“ liegt kein Wald im Sinne § 2 LWaldG.</p>	<p>Anmerkung:</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>

	<p>Im Osten grenzt Wald direkt an das Plangebiet an. Aufgrund der direkten Nähe von Wald zum geplanten Vorhaben, möchten wir Ihnen folgende Hinweise geben: Das Land Rheinland-Pfalz gibt in den Vollzugshinweisen zur einer Landesverordnung über Gebote für Solaranlagen auf Grünflächen in benachteiligten Gebieten, Empfehlungen zu Waldabständen von Photovoltaikanlagen. Sie haben besonders den wirtschaftlichen Betrieb und die Vermeidung von nachteiliger Verschattung der Anlagen im Fokus (Bau von Photovoltaikanlagen auf landwirtschaftlichen Flächen - Hinweis aus land-, forstwirtschaftlicher und naturschutzfachlicher Sicht. AZ: 108-38-33/2018-2#77 v. 05.11.2018).</p> <p>Folgende Abstände zu vorhandenen Waldflächen werden empfohlen: - Waldfläche befindet sich im Norden der Anlage: eine Baumlänge (i.d.R. 30 m) - Waldfläche befindet sich im Süden der Anlage: sechsfache Baumlänge (i.d.R. 180 m) - Waldfläche befindet sich im Westen bzw. Osten der Anlage: dreifache Baumlänge (i.d.R. 90 m)</p> <p>Durch diese Abstandsempfehlungen soll neben der Minimierung der Verschattung erreicht werden, dass Inanspruchnahmen von Wald während der Bau- und der Betriebsphase der PV-Anlagen ausgeschlossen sind. Zudem ist auf diese Weise das Gefährdungsrisiko der PV-Anlage durch umstürzende Bäume in der Regel reduziert. Durch den unmittelbar im Osten angrenzenden Wald sind erhebliche Effizienzverluste durch Verschattung absehbar.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass seitens des Anlagenbetreibers keine Ansprüche auf Rücknahme des Waldtraufs bestehen, falls negative Auswirkungen des angrenzenden Waldbestandes auf die PV-Anlage auftreten sollten.“</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Das Waldabstandsgebot gemäß § 4 LBO trifft für gebäudeunabhängige Solaranlagen nicht zu, die genannten Abstände sind lediglich als Empfehlungen zu sehen, die die Wirtschaftlichkeit für den Anlagenbetreiber verbessern sollen. Aufgrund der bestehenden Gegebenheiten ist die Einhaltung eines Abstandes von 90 m zum Wald nicht möglich, da die Fläche sonst nicht mehr nutzbar wäre. Das Risiko bezüglich der Wirtschaftlichkeit trägt der Vorhabensträger, ebenso wie die Gefährdung durch umstürzende Bäume.</p> <p>Da der Geltungsbereich des Bebauungsplanes keinen Wald einschließt, wird durch die Bauleitplanung auch keine Inanspruchnahme von Wald ermöglicht. Zur Vermeidung von Einschränkungen bei der Bewirtschaftung der angrenzenden Waldflächen wird zudem im Osten der Anlage eine Umfahrung festgesetzt, die den Zugang zu den Waldflächen sicherstellt.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Beschlussvorschlag zur Änderung des Flächennutzungsplans: Es erfolgt keine Änderung zum Entwurfsstand des Bebauungsplanes.</p>
--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Behandlung der im Zuge der Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen:

	Einwand/Hinweis	Beschlussvorschlag zum Einwand/Hinweis
A	<p>„(...)“</p> <p>nach unserem heutigen Gespräch zum Stand der Planung des Solarparks in Gais- haus hat mich heute (11:05 Uhr) auch Frau Andrea Knoch vom Landratsamt RV nochmals zurückgerufen. Sie bestätigt nochmals dass die Alternativflächen 77/1 +77/3 ebenso wie die aktuell von Anumar vorgeplante Fläche 79 für den Antrag auf Änderung für den Bebauungsplan zu Verfügung steht. Dies wurde von Anumar Herr Andreas Klier und Philipp Briglmeir in ihrer Info vom 02.07.2019 und auch bei der öffentlichen Sitzung im Haus für Bürger und Gäste nicht erwähnt.</p> <p>Im Gegenteil steht dort dass von Seiten des Landratsamtes, insbesondere von Seiten des Naturschutzes erhebliche Einwände für eine Realisierung des Projektes auf den Alternativflächen besteht. Diese gelten jedoch ebenso für die Fläche 79 und es müssen eben bestimmte Vorkehrungen wegen der nahegelegenen Biotope eingehalten werden.</p> <p>Das Amt für Landwirtschaft bevorzugt die Flächen 77/1+77/3 sogar, da die Flä- chen durch die Gleise und der Landstraße klar abgegrenzt sind und sie zudem eine ungünstige Bewirtschaftungsform haben.</p>	<p>Anmerkung: Frau Knoch vertritt die Fachstelle Bauleitplanung am Landratsamt. Diese gab in ihrer Stellungnahme zu den Alternativflächen an, dass für diese die gleichen Voraussetzungen wie für die Fl.Nr. 79 gelten. Diese Aussage kann nicht für alle Fachstellen pauschalisiert werden. Diese widersprechen sich teilweise in ihren Belangen. Es ist Aufgabe der Gemeinde, die unterschiedlichen Belange gegeneinander abzuwägen.</p> <p>Die Mail bezieht sich auf die im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingeholten Stellungnahmen zu den Alternativflächen. Die Fachstelle Natur- schutz schrieb damals zu den Alternativfläche explizit: „[...] Es bestehen erheb- liche Bedenken gegen den Standort mit den Flst. Nr. 67/2 und 67/3. Eben- falls ist aus Sicht des Biotopschutzes der ursprüngliche Standort auch dem Alternativstandort Flst. Nr. 77/1 und 77/2 vorzuziehen“. Es ist richtig, dass auch für die Fl.Nr. 79 auf Ebene des Bebauungsplanes Vermeidungsmaßnah- men zum Schutz der naheliegenden Biotope getroffen werden müssen. Die Nähe zum Biotop „Feuchtgebiet 'Beim Schlößle' bei Roßberg“ ist aufgrund dessen Großflächigkeit und besonderen lokalen Bedeutung in Kombination mit dem ebenso vorhandenen Landschaftsschutzgebiet jedoch höher zu werten.</p> <p>Dies ist nicht ganz richtig. Das Landwirtschaftsamt schrieb zu den Alternativflä- chen wörtlich: „Von den vorgeschlagenen Alternativflächen wäre aus landwirt- schaftlicher Sicht die Fläche mit den Flurstücken 77/3 und 77/1 zu bevorzu- gen“ (Stellungnahme vom 23.05.2019, S.1). Dies bezieht sich auf die Gewich- tung zwischen den vorgeschlagenen Alternativflächen – zu Flurnummer 79 hatte das Landwirtschaftsamt in der bereits vorher eingeholten Stellungnahme keine Anregungen vorgebracht. Eine Bevorzugung gegenüber der Flurnummer 79 lässt sich aus den Stellungnahmen demnach nicht ableiten. Da als Grund für die Bevorzugung gegenüber der anderen Alternativflächen die klare Ab- grenzung durch die Gleise und Landstraße genannt wurde, kann davon aus- gegangen werden, dass auch die klare Abgrenzung der Fl.Nr. 79 zwischen Wald und Bahnlinie entsprechend gesehen wird.</p>

	<p>Sehr geehrter Herr Müller. Wir Gaishäuser in unserem über 900 Jahre alten Dorf bemühen uns unser schönes Ortsbild, eingebettet vor dem Gaishäuser Waldrücken, auch für weitere Generationen zu bewahren. Wir haben das Gefühl dass unsere sehr konstruktiven Anstrengungen zu einem für alle akzeptablen Standort für den Solarpark dazu bisher nicht so ernst genommen werden. Auf Basis unserer an Sie ausgehändigten Unterschriften-Liste, in der fast alle Gaishäuser Familien sich gegen den Standort am Ortseingang ausgesprochen haben, hatten wir gehofft dass auch Sie selbst mit dem Gemeinderat sich nach den Möglichkeiten auf den Alternativflächen erkundigen. Dies ist bedauerlicherweise bis heute nicht geschehen und wird trotz Sorge der Einwohner von Gaishaus komplett der Firma Anumar überlassen. Wir bitten zur Standortwahl um Ihre Unterstützung damit der Solarpark auf der Alternativfläche 77/1 errichtet wird und wir unser Gaishäuser Ortsbild erhalten können.</p> <p>Als Anlage erhalten Sie nochmals unsere Unterschriften mit denen wir Gaishäuser die Errichtung des Solarparks auf der Fläche 79 ablehnen und die Flächen 77/1 +77/3 befürworten.“</p>	<p>Zur Vermeidung von erheblichen Beeinträchtigungen des Ortsbildes wurden die bereits im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung vorgebrachten Bedenken zur Kenntnis genommen und durch Überarbeitung der ursprünglichen Planung berücksichtigt. Die Anlage wurde verkleinert und von der Wohnbebauung abgerückt, so dass in Richtung der Bebauung eine weit über naturschutzfachliche Belange hinausgehende Fläche zur Eingrünung angeordnet werden konnte. Dadurch wird die bestehende Ortsrandeingrünung ergänzt, so dass im Bereich der Zufahrt nach Gaishaus die PV-Anlage optisch abgegrenzt ist.</p> <p>Die Bedenken der Gaishäuser Bürger werden zur Kenntnis genommen. Die Standortalternativprüfung erfolgte auf Ebene des Flächennutzungsplanes nach den Vorgaben der verschiedenen fachlichen Belange. Abgesehen davon haben auf Rückfrage die Besitzer der als Alternativstandorte vorgebrachten Flächen erklärt, dass die Flächen nicht eine Nutzung als Photovoltaikanlage zur Verfügung stehen. Entsprechend wäre eine Bauleitplanung auf diesen Flächen nicht vollzugsfähig.</p> <p>Unter Berücksichtigung der oben genannten Abwägung und der vorgesehenen Maßnahmen zur Eingrünung wird an der Planung festgehalten.</p> <p>Beschlussvorschlag zum Bebauungsplan: Es erfolgt keine Änderung zum Entwurfsstand des Bebauungsplanes.</p>
<p>B</p>	<p>(...) wir zeigen an, dass wir auch im Bebauungsplanverfahren die Eheleute [REDACTED] [REDACTED] anwaltlich vertreten. Namens und in Vollmacht unserer Mandanten erheben wir gegen den geplanten vorhabenbezogenen Bebauungsplan folgende E i n w e n d u n g e n : Unsere Mandanten sind Eigentümer des Hausgrundstückes [REDACTED] Dieses Grundstück befindet sich unmittelbar angrenzend am Flst. Nr. 79 der Gemarkung Wolfegg, welches ausschließlich Gegenstand des vorhabenbezogenen</p>	<p>wird zur Kenntnis genommen</p>

<p>Bebauungsplanes ist. Das Wohnhaus unserer Mandantin befindet sich 70 m von den geplanten Modulen entfernt. Das Haus unserer Mandanten liegt südwestlich vom südlichen Teil des geplanten Solarparks.</p> <p>Unsere Mandanten sehen sich bei Verwirklichung des Solarparks wie geplant einer Immissionsbeeinträchtigung im erheblichen Umfang ausgesetzt durch die zu erwartende Blendwirkung, die von den Solarpanelen ausgeht und unmittelbar auf das südwestlich gelegene Haus unserer Mandanten einwirkt. Die unmittelbar vor der Haustüre liegende 1,74 ha große Modulfläche wirkt darüber hinaus auf das eine Hausgrundstück unserer Mandanten massiv erdrückend und das Hausgrundstück unserer Mandanten beherrschend. Wenn unsere Mandanten aus dem Fenster sehen bzw. aus dem Haus gehen, haben sie die in unmittelbarer Nähe liegende ca. 1,74 ha große Modulfläche vor Augen. Es ist aus den bisherigen Unterlagen nicht ersichtlich, dass der für unsere Mandanten wesentliche Umstand überhaupt in die Erwägungen mit einbezogen worden ist. Bevor wir die Einwendungen im Einzelnen darlegen und zum Inhalt der veröffentlichten Unterlagen Stellung nehmen, möchten wir allerdings eines, insbesondere für den zu entscheidenden Gemeinderat Folgendes ausführen: Gem. § 1 VII BauGB sind bei der Aufstellung der Bauleitpläne die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen. Die Abwägung wird zum Kernbereich der Eigenverwaltung der Gemeinde und gehört somit zum Kernbereich der vom Gemeinderat auszuübenden Tätigkeiten für ihre Bürger. Damit der Gemeinderat diese hoheitliche Aufgabe korrekt ausüben kann, kann er sich zur Information sachkundigen bzw. sachverständigen Institutionen bedienen. Hierzu gehören insbesondere Behörden, Träger öffentlicher Belange, im vorliegenden Fall vornehmlich durch das Landratsamt. Die Gemeinde Wolfegg hat das Verfahren über diesen Vorhabenbezogenen Bebauungsplan nicht einem unabhängigen Planungsbüro übergeben, wie sonst üblich, sondern einem Planungsbüro, dem Architekturbüro Neid+ Neidl, welches, was unschwer zu ermitteln ist, eng mit dem Betreiber des Solarparks, dem Investor, der Firma Anumar GmbH verbunden ist. So hat das Architekturbüro Neidl + Neidl folgende Solarparks für die Firma Anumar GmbH geplant und im Bebauungsplanverfahren federführend begleitet: - Solarpark Ochsengründlweg Stadt Neuburg a. d. Donau, Fläche 2,2 ha, Planung 2013-2014; - Solarpark Adelschlag Ost II, Gemeinde Adelschlag, Fläche 1,2 ha, Planung</p>	<p>Die Blendwirkung wurde durch ein Blendgutachten der Firma ifb Eigenschenk untersucht, mit dem Ergebnis, dass für die angrenzende Bebauung keine Blendungen, verursacht durch die Photovoltaik-Freiflächenanlage ermittelt werden konnten.</p> <p>Zur Vermeidung von erheblichen Beeinträchtigungen wurden die bereits im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung vorgebrachten Bedenken aufgenommen und durch Überarbeitung der ursprünglichen Planung berücksichtigt. Die Anlage wurde verkleinert und von der Wohnbebauung abgerückt, so dass in Richtung der Bebauung eine weit über naturschutzfachliche Belange hinausgehende Fläche zur Eingrünung angeordnet werden konnte. Der Abstand zwischen der Einfriedung der Anlage und dem nächstgelegenen Wohnhaus beträgt mindestens 70 m.</p> <p>wird zur Kenntnis genommen</p> <p>Es handelt sich beim vorliegenden Bebauungsplanverfahren um einen für Freiflächenphotovoltaik üblichen Vorhabenbezogenen Bebauungsplan, der der Gemeinde die Möglichkeit gibt, die Kosten des Verfahrens an den Vorhabens-träger weiterzuleiten. Die Übertragung der Verfahrensschritte an Dritte zur Entlastung der Verwaltung ist in § 4b BauGB explizit vorgesehen. Die Wahl des Planungsbüros steht der Gemeinde dabei frei.</p> <p>Das Planungsbüro Neidl + Neidl hat allein in den letzten drei Jahren über dreißig Bebauungsplanverfahren für Freiflächen-Photovoltaikanlagen und sonstige Anlagen der erneuerbaren Energien begleitet und abgeschlossen, unter anderem auch für die Firma Anumar. Daraus eine Befangenheit des Planungsbüros abzuleiten ist nicht nachvollziehbar.</p>
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<p>2017; - Solarpark Brunnen, Gemeinde Brunnen, Fläche 4,1 ha, Planung 2017. Daraus folgt wiederum unschwer, dass sich die Gemeinde Wolfegg bei der Verfahrensbegleitung dieses Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes dem Betreiber, dem Investor und dessen Geschäftspartner ausgeliefert hat. Dies zeigt: sich exemplarisch daran, dass im Rahmen der Fortschreibung des Flächennutzungsplans der Einwand eines Bürgers, dass das Amt für Landwirtschaft die Alternativflächen 77/1 und 77/3 bevorzuge mit dem wohl nicht ganz ernst gemeinten Hinweis abgetan wurde: „Zu Flurnr. 79 (Vorhabengrundstück) hatte das Landwirtschaftsamt in der bereits vorher eingeholten Stellungnahme keine Anregungen vorgebracht.“</p> <p>Hieraus ergibt sich und dies kann an anderen Stellen noch nachgewiesen werden, dass das mit der Planung und mit dem Verfahren des Bebauungsplanes beauftragte Architekturbüro ausschließlich die Interessen des Betreibers, des Investors verfolgt und sämtliche anderen Interessen, sei es Naturschutz, sei es Landwirtschaft, sei es Ortsbild, sei es die Belange der Gaishäuser Bürger und insbesondere der Belange unserer Mandanten unberücksichtigt lässt. Wir sind der Auffassung, dass sich der Gemeinderat der Gemeinde Wolfegg nicht vollständig der Beurteilung durch den Geschäftspartner des Investors bevormunden lassen darf, sondern auf die Einholung von objektiven Stellungnahmen zu drängen hat. Wie uns bekannt ist aus anderen Bebauungsplanverfahren, hat die Stadt Wolfegg dabei durchaus auch das renommierte Planungsbüro Siebert beauftragt. Warum dies im vorliegenden Fall nicht geschehen ist, ist nicht nachvollziehbar.</p> <p>Sodann: Alternativflächen Die Stellungnahmen des Landratsamtes Ravensburg im Verfahren zur Fortschreibung des Flächennutzungsplanes wurden unzureichend zur Kenntnis genommen und unzureichend jetzt auch im Bebauungsplanverfahren angegeben. Die Stellungnahmen der beteiligten Behörden zu den Alternativflächen werden zu Lasten dieser Alternativflächen und zu Gunsten der Flächen auf Flst. Nr. 79 ausgelegt. Dies gilt insbesondere für die angebotene Alternativfläche Flst. 77/1. Aus den Stellungnahmen der Behörden ist nicht ersichtlich, aus welchen Gründen diese Fläche Flst. Nr. 77/1 nicht ebenso geeignet ist wie die Fläche Flst. Nr. 79. Im Gegenteil, das Landwirtschaftsamt bevorzugt in seiner Stellungnahme wegen der klaren Abgrenzung die Alternativfläche Flst. Nr. 77/1. Wir nehmen dabei insbesondere Bezug auf das E-Mail des Herrn ██████████</p>	<p>Der Satz bezieht sich darauf, dass der Fachbereich Landwirtschaft am LRA Ravensburg in seiner zitierten Stellungnahme (zur frühzeitigen Beteiligung) zu den Alternativflächen lediglich eine Wertung zwischen den vorgeschlagenen Alternativflächen 77/1 und 77/3 beziehungsweise 67/1, 67/2 und 63/3 vorgenommen hat und keine Aussage zu Flurnummer 79 traf. Es wird damit klar gestellt, dass sich aus der Stellungnahme nicht ableiten lässt, dass die Fläche 77/1 und 77/3 dem Flurstück Nr. 79 vorzuziehen ist, wie in den beiden Stellungnahmen der Bürger behauptet.</p> <p>Die Planungshoheit der Gemeinde sowie die Objektivität der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange bleiben durch die Wahl des zurarbeitenden Planungsbüros unberührt.</p> <p>Das Verfahren zur Flächennutzungsplanänderung wurde inzwischen abgeschlossen und die Änderung von Landratsamt ohne Beanstandung genehmigt. Die vom Landratsamt eingeholten Stellungnahmen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung zu den vorgeschlagenen Alternativstandorten enthalten zum Teil unterschiedliche Aussagen bezüglich der Gewichtung der Flächen, da jeweils nur die Belange der jeweiligen Fachstellen berücksichtigt werden. Es ist Aufgabe der Gemeinde, die Stellungnahmen und die sonstigen bekannten Belange entsprechend gegeneinander abzuwägen. Dies ist auf Ebene des Flächennutzungsplanes bereits erfolgt.</p> <p>Die zitierte Mail ist keine fachliche Stellungnahme, sondern die Stellungnahme</p>
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<p>vom 07.01.2020 an den Bürgermeister der Gemeinde Wolfegg. Danach hat nicht nur das Landwirtschaftsamt diesen Standort aus landwirtschaftlicher Sicht befürwortet, sondern auch die Naturschutzbehörde.</p> <p>Danach stellen die Alternativflächen Flst. Nr. 77/1 und 77/3 ebenso wie die aktuell vom Betreiber vorgeplante Fläche Flst. Nr. 79 einen ausreichenden Alternativstandort dar. Dieser Alternativstandort greift nicht in gleichem Maße wie Flst. Nr. 79 in landwirtschaftliche Belange, naturschutzrechtliche Belange sowie insbesondere in die Belange unserer Mandanten und der Ortschaft Gaishaus ein.</p> <p>Verkannt wird darüber hinaus der erhebliche Wertverlust des Hausgrundstückes unserer Partei, der ebenfalls in die Abwägung miteinzuführen ist. In der Prüfung „Schutzgut Mensch/Gesundheit“ wird diese Beeinträchtigung in bemerkenswerter Argumentation kleingeredet.</p> <p>Im Bebauungsplanverfahren wird nunmehr ein Blendgutachten vorgelegt. Auch dieses Blendgutachten ist von einem Geschäftspartner des Betreibers erstellt worden.</p> <p>Es basiert darüber hinaus auf einer Eigenentwicklung einer Software für dieses Ingenieurbüro. Die Sinnhaftigkeit und die Zuverlässigkeit dieses Programms wird der Gemeinderat zu überprüfen haben, wir sehen hier klare Widersprüche. Die Widersprüche ergeben sich bereits daraus, dass offensichtlich nicht auf amtliche Karten zurückgegrif-</p>	<p>eines Bürgers, der die Anlage ablehnt (Stellungnahme A). Sie gibt die Stellungnahmen des Landwirtschaftsamtes und der Naturschutzbehörde aus der frühzeitigen Beteiligung nicht korrekt wieder, siehe Abwägung zu Stellungnahme A. Die Fläche Flst. Nr. 77/1 (in Verbindung mit FlSt. Nr. 77/3 ist alleine deswegen nicht nutzbar, weil sie von Seiten der Flächenbesitzern nicht zur Verfügung gestellt wird und somit die Vollzugsfähigkeit des Bebauungsplanes gem. § 1 Abs. 3 BauGB nicht gegeben wäre</p> <p>Anhaltspunkte dafür, dass die bestehenden Immobilien und Grundstücke abgewertet werden und ein Wertverlust entsteht, hat die Gemeinde nicht. Die Nutzungen innerhalb der am Plangebiet angrenzenden bestehenden Grundstücke werden weder aufgehoben noch geändert. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wurden die Auswirkungen durch die geplante Photovoltaikanlage geprüft, u.a. durch ein Blendgutachten.</p> <p>Die Veränderung des Verkehrswertes eines Grundstücks, die durch planerische Festsetzungen eines Bebauungsplans für außerhalb des Plangebiets gelegene Grundstücke eintritt, stellt zudem grundsätzlich keinen schützenswerten Belang dar, der bei der Abwägung zu berücksichtigen wäre (BVerwG, Urteil vom 9.2.1995 - Az. 4 NB 17/94; Hess. VGH, Urteil vom 07.04.2014, 3 C 914/13.N).</p> <p>Das für das Blendgutachten beauftragte Ingenieurbüro Eigenschenk wurde um Stellungnahme zu den vorgebrachten Punkten gebeten und hat diese wie folgt beantwortet:</p> <p><i>„Die IFB Eigenschenk GmbH ist seit längerem ein Geschäftspartner der Anumar GmbH. Dies beruht auf einer guten Zusammenarbeit, welche sich seit längerer Zeit bewährt hat. Wir erhalten die nötigen Daten und führen Berechnungen durch. Bei auftretenden Blendungen über den Grenzwerten liefern wir Lösungsvorschläge und stimmen uns mit dem Auftraggeber ab. Dies ändert allerdings nichts an unserer neutralen gutachterlichen Bewertung, die wir im Übrigen auch seit Jahren für andere Geschäftspartner ausführen“</i></p> <p><i>„Anfang dieses Jahres (2020) haben wir unsere Software für die Blendsimulation umgestellt und sind auf ein Produkt (IMMI 2019) des renommierten Softwareentwicklers „Wölfel Engineering GmbH + Co. KG) umgestiegen. Der Umstieg hatte verschiedene Gründe, hauptsächlich war die Handhabung des neuen Programmes dafür ausschlaggebend. Mit diesem Programm ha-</i></p>
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<p>fen wird, sondern Höhenangaben aus Google Maps entnommen werden. Wir weisen darauf hin, dass es amtliche Vermessungskarten gibt, in welchen die Höhen im Einzelnen zuverlässig angegeben sind.</p> <p>Die Parameter, die im Blendgutachten angegeben sind (Blatt 15 der Stellungnahme) sind Annahmen, die rechtlich nicht festgeschrieben sind.</p> <p>Für das Hausgrundstück unserer Partei wird Folgendes ausgeführt: „Für die potentiellen Immissionsorte südlich der überplanten Fläche (schutzwürdige Bebauung) konnte keine Blendung verursacht durch die Photovoltaik-Freiflächenanlage ermittelt werden.“ Dies soll wohl bedeuten, dass das südwestlich, nicht südlich von den Modulen gelegene Hausgrundstück unserer Mandanten keinerlei Einzelblendung im Jahr und keinerlei Gesamtblenddauer im Jahr ausgesetzt ist, obwohl es nur 75 m von dem Modulreihen südwestlich versetzt entfernt liegt. Diese unvollständige Sachverhaltsaufklärung wird ausdrücklich gerügt.</p> <p>Schließlich wird zu berücksichtigen sein, dass unsere Mandanten bereits jetzt durch die unmittelbar vorbeiführende Straße an ihrem Grundstück und die Bahnlinie in immissionsrechtlicher Hinsicht beeinträchtigt sind. Die weitere Beeinträchtigung durch den Solarpark und die entsprechende Blendwirkung führt daher zu unzumutbaren Verhältnissen.</p>	<p><i>ben wir das Projekt aufgrund des Einwandes erneut simuliert, um unsere Ergebnisse zu validieren. Die Überprüfung erfolgte nicht durch den Gutachtersteller, sondern durch eine Gutachterin, die das Projekt erneut und neutral betrachtete. Die Ergebnisse der Simulation liegen im Anhang und zeigen, dass am Gebäude keine Blendungen verursacht durch die geplante PV-Freiflächenanlage auftreten. Es liegen jeweils zwei Immissionspunkte übereinander. Dabei befindet sich die Immissionspunkte für das EG auf einer Höhe von zwei Metern über Geländeoberkante und für das erste Obergeschoss auf einer Höhe von fünf Metern über Geländeoberkante. Die von der geplanten Anlage verursachten Reflexionen werden erst nördlich vom betrachteten Gebäude erwartet.“</i></p> <p>Die angenommenen Parameter sind Angaben des Vorhabensträgers zur vorgesehenen Ausführung der Anlage. Die Ausrichtung der Module nach Süden wird im Vorhaben- und Erschließungsplan bereits dargestellt. An gleicher Stelle wird in der überarbeiteten Entwurfsfassung noch folgendes ergänzt: „Die Module sind nach Süden (180° Nordazimut) mit einer Neigung von 15° auszurichten. Die Höhe der Aufständigung beträgt 0,9 m bis 2,5 m. Bei einer abweichenden Bauweise wäre vor Bau der Anlage nachzuweisen, dass keine Blendungen in Richtung der Bahnlinie, Landstraße oder angrenzenden Wohnbebauung entsteht“. Da der Vorhaben- und Erschließungsplan Teil des Durchführungsvertrages wird, ist die entsprechende Ausführung hinreichend gesichert.</p> <p>Das Ergebnis der Berechnung wurde wie oben genannte noch einmal mit einer zweiten Software von einer anderen Gutachterin überprüft. Sie bestätigt die Ergebnisse der ersten Simulation, dass keine Blendungen zu erwarten sind.</p> <p>Durch die geplante Anlage ergeben sich keine im Sinne des Immissionsschutzgesetzes relevanten Geräuschimmissionen auf die angrenzenden Wohngebiete. Die Einhaltung der Immissionsrichtwerte gem. TA Lärm sind unter Ziffer 8.2 festgesetzt und aufgrund der zu erwartenden von der Anlage ausgehenden Geräusche ohne weiteres einzuhalten. Eine immissionsrechtlich relevante</p>
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<p>Schließlich weisen wir darauf hin, dass unmittelbar am nördlichen Ende des Plan- gebiets ein Biotop vorhanden ist, der bislang allerdings noch nicht kartiert ist. Er ist jedoch vorhanden. Auch dieser Biotop ist mit in das Verfahren einzubeziehen.</p> <p>Ebenso einzubeziehen sind, abgesehen von den behandelnden und angegebenen Alternativstandorten der Alternativstandort der ehemaligen Kiesgrube. Dies ent- spricht auch dem in der Sitzung des Gemeinderats vom 23.09.2019 beschlosse- nen Beschluss.</p> <p>Dass dieser Beschluss vom planenden Büro Neidl + Neidl berücksichtigt wurde, ergibt sich aus den veröffentlichten Unterlagen zum Vorhabenbezogenen Bebau- ungsplan nicht. Auch hier zeigt sich die mangelnde Objektivität des beauftragten Planungsbüros, das mit dem Betreiber wirtschaftlich verbunden ist.</p> <p>Wir bitten um Bestätigung, dass die Einwendungen bei der Gemeinde Wolfegg eingegangen sind.</p>	<p>Blendwirkung ist wie bereits erläutert ebenfalls nicht zu erwarten. Die Einschät- zung, dass es durch die Planung zu unzumutbaren Verhältnissen kommt, wird aus fachlicher Sicht zurückgewiesen.</p> <p>Inzwischen wurden in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde zwei artenschutzrechtliche Relevanzbegehungen durchgeführt (Zeitraum Mitte Mai/Anfang Juni). Dabei konnten keine Hinweise auf artenschutzrechtlich rele- vante Vorkommen von Amphibien oder Libellen im Bereich des genannten Tümpels festgestellt werden. Der Umweltbericht wird entsprechend ergänzt.</p> <p>Die genannten Kiesgruben wurden in der Standortprüfung mit abgearbeitet. Auf diese besteht allerdings aktuell kein Zugriff, weswegen eine Umsetzbarkeit einer Bauleitplanung in diesem Bereich nicht gegeben wäre.</p> <p>wird zur Kenntnis genommen</p> <p>Beschlussvorschlag zum Bebauungsplan: Die oben genannten Parameter zur Neigung und Höhe der Anlage werden im Vorhaben- und Erschließungsplan ergänzt. Weitere Änderungen zum Entwurfs- stand des Bebauungsplanes erfolgen nicht.</p>
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Beschlussfassung Bebauungsplan

Nach Abwägung aller eingegangenen Stellungnahmen zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Solarpark bei Gaishaus“ mit Grünordnungsplan und örtlichen Bauvorschriften nimmt der Gemeinderat Kenntnis vom Anhörungsverfahren nach § 3 Abs.2 BauGB (Bürgerbeteiligung) und § 4 Abs. 2 BauGB (Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und sonstiger Behörden) und wägt die eingegangenen Stellungnahmen gemäß der Abwägungs- und Beschlussvorlage miteinander und gegeneinander ab.

Billigungs- und erneuter Auslegungsbeschluss:

Der Gemeinderat billigt den angepassten Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Solarpark bei Gaishaus“ mit Grünordnungsplan und örtlichen Bauvorschriften unter Berücksichtigung der heute gefassten Beschlüsse.

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, die erneute öffentliche Auslegung sowie die erneute Behördenbeteiligung gemäß § 4a Abs. 3 BauGB zu veranlassen. In der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung und den Anschreiben an die Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange ist gemäß § 4a Abs. 3 Satz 2 BauGB darauf hinzuweisen, dass Stellungnahmen nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen abgegeben werden können.